Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

9.2.1892 (No. 31)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Sonntags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Ahlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 31. Dienstag, den 9. Februar 1892.

Rede des Abgeordneten Lauck

über die Petition des Frauenvereins „Reform" in Weimar, um Errichtung eines Mädchengymnasiums oder Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des an den bestehenden Gymnasien eingeführten Maturitäts-Examens.

Meine Herren! Ich möchte zunächst meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß weder die Petenten, noch unsere Kommission, noch deren liebenswürdiger Berichterstatter, der Herr Abg. Schlosser, noch selbst der Herr Abg. Muser nicht auch davon gesprochen haben, daß den Damen auch das Studium der Theologie ermöglicht werden solle, damit sie nöthigenfalls das Predigeramt ergreifen könnten.

Nahe läge so ein solcher Wunsch; denn daß die Damen im Großen und Ganzen — der Herr Abg. Muser hat soeben schon darauf angespielt — meist eine grandiose Zungenfertigkeit besitzen — ich erinnere nur an die Sarbiencpredigten — ist allen bekannt. (Große Heiterkeit.)

Offenbar erinnern sich Alle bei ihrer Bibelfestigkeit und Bibelgläubigkeit des Wortes des Apostels Paulus im ersten Korintherbrief, Kap. 14, Vers 34: „mulieres in ecclesiis taceant", und Vers 35: „Turpe est enim mulieri loqui in ecclesia", was Alles auf deutsch heißt: „die Damen eignen sich nicht zum Kirchendienst". (Heiterkeit.)

An einer anderen Stelle im ersten Brief an Timotheus Kap. 2, Vers 12 sagt der gleiche Apostel: „docere autem mulieri non permitto", zu deutsch: „Lehrstühle sollen den Damen verschlossen bleiben". Damit meinte er natürlich nicht die Lehrerinnen an Volks- und höheren Mädchenschulen, sonst hätte er statt „docere" das Wort „erudire" gebraucht, was wir jeder klassisch gebildete Philologe bestätigen wird. (Langandauernde Heiterkeit.)

Schade, daß der Apostel nur vom tacere „in ecclesia" gesprochen hat. Es wäre gut, wenn er auch gleich dazu gesetzt hätte, et in justitia et in rebus cameralibus. Denn ich fürchte, wenn der Stein in's Rollen kommt, dann bekommen wir Männer, sowohl wir Juristen, ganz gefährliche Konkurrenz; nicht nur die Advokaten, auch wir Richter, denn wer will dem weiblichen Richterkollegien verhindern?

Und wie wird's erst nach 20 Jahren in diesem Hause aussehen? Hier auf unseren Plätzen werden Frauen sitzen und wir Männer werden dort droben, wo jetzt die Damen die Plätze einnehmen (Galerie! A. d. S.) zuhören, was die Frauen über unser Schicksal beschließen. (Große Heiterkeit.)

Doch lassen Sie mich näher auf die Petition eingehen. Die Petenten schicken erfreulicher Weise den Satz voraus: Unzweifelhaft ist der natürliche Beruf des Weibes die Ehe. Sie fahren fort: „Bei uns bilde bei der Erziehung unserer Mädchen die Vorbereitung auf den Hausstand die Regel und es könne danach scheinen, als sei für die große Mehrzahl die Sicherheit gegeben, sich dereinst zu verheirathen; das sei leider keineswegs der Fall. Das mache sich bei der sogenannten arbeitenden Klasse weniger empfindlich fühlbar; auch nicht bei der Geld- und höheren Geburtsaristokratie. Hier sichere das Vermögen die Zukunft des Mädchens.

Wohl aber bei den breiten Schichten des sogenannten gebildeten Mittelstandes (Beamte, Offiziere, Künstler, Techniker, gebildete Kreise des Handels und der Industrie 2c.) Hier werde die Eheschließung in immer weiteren Kreisen eine Existenzfrage. Und doch gelange hier eine große Zahl von Mädchen nicht zur Ehe. Die Zukunft dieser Mädchen könne nur auf einem Wege gesichert werden: durch Ausbildung zur Erwerbsthätigkeit.

Meine Herren! Hier ist richtiges mit unrichtigem vermischt.

Unrichtig ist die Behauptung, daß bei uns bei der Erziehung unserer Mädchen des gebildeten Mittelstandes die Vorbereitung auf den Haushalt die Regel sei.

Die Frauen des Vereins „Reform" hätten sich diesen Satz sechsmal überlegen sollen, dann wären sie zu einer anderen Ansicht gekommen und hätten wahrscheinlich mit ihrer Petition noch zugewartet.

Die Petenten wollen für die Töchter des gebildeten Mittelstandes sorgen.

Sehen wir uns einmal die Erziehung der Mädchen dieses Standes näher an, man wird dann finden, daß hier zunächst reformirend vorgegangen werden muß.

Diese Mädchen besuchen die Schule, speziell die höhere Töchterschule oder ein Pensionat bis zum 16. oder 17. Lebensjahr.

Da werden sie in allen möglichen Wissenschaften unterrichtet; nebenher geht der Industrieunterricht, erst Stricken, dann Häkeln, Sticken und die übrigen feineren Handarbeiten, auch Musik und Malen.

Damit ist bei sehr vielen Mädchen des gebildeten Mittelstandes die Vorbereitung für den künftigen Beruf abgeschlossen; die schönsten Jahre nach der Schulentlassung werden, wie der Bericht der Kommission richtig konstatirt, in unverantwortlicher Weise vergeudet, mit eitlem Nichtsthun verbracht.

Manche Eltern sind vorsichtiger. Die Mädchen werden noch in eine Nähschule zur Weißnäherin, Kleider- und Putzmacherin geschickt.

Inzwischen ist die Tochter balbfähig geworden. Tanzunterricht hat sie schon gehabt.

Der Herr Papa muß jetzt in alle möglichen Vereine eintreten, damit die Tochter möglichst viel Gelegenheit zur Theilnahme an Ball und Kränzchen hat. Theater, Konzerte und alle möglichen Gesellschaften müssen besucht werden.

Natürlich kann man doch nicht auf jedem Ball, jedem Kränzchen das gleiche Ballkleid tragen.

Auch für's Theater, Konzert u. dergl. muß Abwechslung in der Toilette sein.

Ueberhaupt — das ist der Wunsch der Frau Mama — muß die Tochter, wie sie selbst, immer nach der Mode gekleidet sein und die wechselt bekanntlich jede Saison, nicht nur in Stoff und Farbe der Kleidung, sondern auch in der Façon u. dergl. Auch der Schmuck ist dem Wechsel unterworfen.

Das kostet Alles viel Geld. Kein Wunder, wenn der Herr Papa ein sehr besorgtes Gesicht macht und mit bangem Zweifel an die Zukunft der Tochter denkt, der er nicht viel oder nichts als Aussteuer mitgeben kann. Kein Wunder, wenn man so oft äußern hört: glücklich die Eltern, die nur Söhne und keine Töchter haben!

Die Tochter ist heirathsfähig geworden.

Wird ein Freier erscheinen? fragen sich bangend der Herr Papa und die Frau Mama.

Er kommt; er freit; sie bekommen sich. (Heiterkeit.) Also sie sind verheirathet. Der Gatte ist ein Beamter mit einem badischen Anfangsgehalt.

Natürlich muß sofort ein Dienstmädchen eingestellt werden.

Kochen hat zwar die junge Frau in den letzten drei Monaten vor der Heirath gelernt. Aber fragt mich nur nicht wie? (Heiterkeit.)

Auch Stricken hat sie einmal gelernt, nur weiß sie nicht mehr, wie man die Ferien strickt; nun — Stricken ist Mägdearbeit. Strümpfe und Socken stopfen paßt sich für die junge Frau des gebildeten Mittelstandes nicht. Bügeln hat sie schon gesehen, aber nicht gelernt; es ist ungesund, besonders mit dem Kohleneisen. Putzen und Waschen — ach, das ist ordinär. Es paßt sich heutzutag nicht einmal mehr, daß die Frau in der Waschküche nachsieht und gar den Strupfer einmal in die Hand nimmt, um dem Dienstmädchen zu zeigen, wie man den Boden strupft, schrecklich! Ich hoffe, daß bei diesen Ausführungen Niemand in diesem Hause (die Galerie ist dicht mit Damen besetzt A. d. S.) in Ohnmacht fällt. Selbstverständlich muß von Zeit zu Zeit die Wäscherin, Putzerin, Büglerin, Flickerin und Weißnäherin, Kleidermacherin, Putzmacherin ins Haus, oder man gibt die Wäsche außer Haus, kauft Strümpfe, Weißzeug, Kleider, Hüte fertig; die Frau kann doch nicht mithelfen, sie muß auch Zeit für's Klavier, Malen u. dergl. haben. Der junge Gatte wird stutzig; die Haushaltung kostet zu viel; er kanns seinen Freunden aus ledigem Stand nicht verhehlen und so kommt's raus. Ja, so geht es Anfangs bei uns seit 20 und mehr Jahren.

Es könnte anders sein! Eine tüchtige Hausfrau, wenn sie selbst die Arbeit nicht scheut, braucht für die Haushaltung kaum die Hälfte dessen, was in einem Haushalt, wie ich ihn eben beschrieben habe, ausgegeben wird.

Eine tüchtige, in den Geschäften des Haushalts durchaus erfahrene Hausfrau ist ein großes Kapital, das reichen Zins trägt, sie ersetzt jede Mitgift. Wo sind sie, diese tüchtigen Hausfrauen des Mittelstandes? Man kann sie zählen. (Beifall.)

Kein Wunder, daß bei solchen Verhältnissen so viele junge Männer lieber ledig und so viele junge Damen des gebildeten Mittelstandes sitzen bleiben. Lassen Sie sich nur einen Fall erzählen; hier besteht seit Kurzem ein Stellenvermittlungsbureau für Mädchen besserer Stände. Jüngst suchte eine angesehene Familie durch Vermittlung dieses Bureaus eine Haushälterin aus besserem Stand; Lohn: 900 Mark und freie Station. Es melden sich einige Bewerberinnen. Da sie aber hören, daß sie nicht nur der Haushaltung vorstehen, sondern auch mitarbeiten müßten, ziehen sich alle zurück.

Ja, meine Herren, so sieht's aus heutzutage. Hier muß, wenn geholfen werden soll, der Hebel angesetzt werden. Hier können die Frauen des Vereins „Reform" reformirend wirken! Mögen doch die Petenten einmal durch Wort und Beispiel für die richtige Erziehung der Töchter des gebildeten Mittelstandes sorgen! Ich habe nichts gegen wissenschaftliche Ausbildung derselben; das darf aber nur nebenher gehen. Ausbildung für den häuslichen Beruf unter den Händen einer tüchtigen Mutter, Kampf gegen den überhandnehmenden Luxus, Pflege des Sinns für Sparsamkeit, Abschaffung des Vorurtheils gegen die Arbeit, Weckung der Lust zu allen Hausarbeiten, das sind Dinge, die erstrebt werden müssen.

Das Haus soll das Gymnasium und Universität für die Töchter des gebildeten Mittelstandes sein und der beste Professor für sie ist eine tüchtige häusliche Mutter. Das beste Maturitätsexamen wird dann die junge Frau als Hausfrau ablegen.

Wissenschaftliches Studium ist nicht so nöthig, um dem Mann eine ebenbürtige Gattin zu werden.

Auch hier trifft ein Wort des Apostels Paulus im 1. Korinther Brief Kap. 14, Vers 35 zu, lautend: „si quid autem volunt discere, domi viros suos interrogent" zu deutsch: „Wenn die Frauen ihr Wissen bereichern wollen, sollen sie sich zu Hause von ihren Männern unterrichten lassen."

Gibt es etwas Schöneres für den Mann, seine Frau in allem Wissenswerthen zu unterrichten? Ich sage also: Meine auf der täglichen Erfahrung beruhenden Rathschläge durchführen, das wird und muß helfen; dann werden die Töchter des gebildeten Mittelstandes auch ohne Vermögen wieder eher Männer bekommen! Sollte der Versuch wirklich nichts nützen, nun dann mögen die Petenten im nächsten Jahrhundert wieder einmal mit ihrer Petition zu uns kommen.

Meine Herren! Wollen wir doch nicht in dieser Sache an der Spitze des Fortschrittes marschiren; warten wir ab, bis die andern deutschen Staaten dieser Frage näher treten. Ich empfehle Ihnen unsern Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. (Beifall.)

Soldaten-Mißhandlungen.

Nachdem wir schon den betr. Erlaß des Kommandirenden des sächsischen Armeekorps, des Herzogs Georg zu Sachsen, mitgetheilt, lassen wir heute ein kurzes Resumé über die dort angeführten Ausschreitungen folgen.

Die Phantasie der Grausamkeit, wie sie sich in den sächsischen Gerichtsergebnissen darstellt, ist wirklich entsetzlich furchtbar. Die Soldaten bis zur Ermattung das Gewehr oder den Schemel oder einen Stuhl strecken zu lassen, ist nichts Neues. Aber nun kommt ein Obergefreiter auf die Idee, einen unglückseligen Kanonier eine Gewehrübung so oft wiederholen zu lassen, als Jahre seit Christi Geburt verflossen sind, wobei der Mann laut zählen muß. Bei 1889 fällt der Mann in Ohnmacht und muß vom Lazarethgehülfen in Behandlung genommen werden. Ein anderer frischt den Reiz des „Streckens" dadurch auf, daß er auf den Stuhl einen Napf mit heißem Kaffee stellt und diesen Stuhl von einem Reservisten (!) so lange auf- und abwärts strecken läßt, bis der Napf fällt und der heiße Kaffee dem Mann über Gesicht und Körper läuft. Ein dritter Quälgeist läßt zunächst einen Schemel strecken und setzt dann, wenn die Ermattung beginnt, noch einen zweiten Schemel obendrauf; geht es nicht mehr, so giebt er über das in Schweiß gebadete Opfer einen Krug kalten Wassers aus. Zwei andere Unteroffiziere lassen Kniebeugen gar oben auf dem Schrank machen; zunächst ist es amusant, mit einer Klapperpeitsche die Burschen zum schnellen Hinaufklettern anzuhalten, und dann wird die Quälübung pikanter, weil die Leute sich vor dem Herunterfallen in Acht nehmen müssen. Einer von diesen Unteroffizieren hatte seine Schläge in ein selbsterfundenes System gebracht: vier Hiebe waren in seiner Korporalschaft 1 Pfund Wurst, und über diesen „Wursthandel" wurde in Quittungsbüchern genau Rechnung geführt. Welch' eine rohe Phantasie gehört ferner dazu, um auf den abscheulichen Gedanken zu kommen, die Rekruten 4 bis 5 Minuten lang die schmutzigen Socken an den Zehenenden ausklopfen zu lassen? oder gar einen Mann, der aus Angst sich verunreinigt hat, seinen eigenen Unrath essen zu lassen, nachdem ein Kamerad ihn hat mit Salz bestreuen müssen? Demgegenüber erscheint es noch verhältnißmäßig menschlich, wenn ein Unteroffizier seine Korporalschaft im Hemde während einer Januarnacht eine halbe Stunde Laufschritt üben läßt. Aber dieser selbe Unteroffizier verbringt sich zu der höchst raffinirten Erfindung, seine Rekruten während des Laufschritts rauchen zu lassen und sie zu einem wahnsinnigen Rauchtempo anzuhalten, indem er fordert, daß die Cigarren aufgeraucht sein müssen, wenn er langsam bis 50 gezählt hat. Endlich wollen wir noch des Unteroffiziers gedenken, der die Rekruten sich auf zwei Stühle legen ließ und sich zehn Minuten lang auf die hohl liegenden Kniee setzte, um sie „durchzuwachen."

Man sieht, es handelt sich da um ganz etwas Anderes, als um einen Schlag oder Stoß, den ein ärger-

---

Im Sturme geläutert.

20) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Du bist sehr anspruchsvoll, Luli," meinte die Königin in Gedanken aufsinnend.

„Den Anspruch, Majestät, erhebt jedes bretonische Bauernmädchen, und man findet das ganz in der Ordnung. Hier ist auch die Heirath zu einer Frage der Etikette geworden; und darauf laß ich mich nicht ein. Derjenige, der mich haben will, der darf mich nicht durch Verwandte und Gönner gewinnen wollen. Ich gebe nur dem meine Hand, der mein Herz besitzt, und mein Herz will erstürmt sein, aber nicht erschachert. Doch Majestät verzeihen mir die Kühnheit, ich bin noch ein halbes Kind!"

„Gott sei Dank Luli," meinte die Königin, mit dem Finger drohend, „was bekäme ich nicht alles zu hören, wenn Du noch ein ganzes Kind wärest! Aber für heute habe ich an der Lektion genug. Ich höre auch Schritte im Vorzimmer."

„Majestät stören mir?" fragte das Mädchen verschüchtert.

„Nein, Luli," sagte die Königin ihr die Hand reichend. „Ich habe Dich heute recht lieb gewonnen." Und halb im Selbstgespräche fuhr sie sinnend fort: „In Eurer Rangordnung kommt zuerst unser Herrgott, dann der König; aber er bleibt an seinem Platze! Gutes Kind! . . . das halte fest!"

Die Flügelthüren öffneten sich, die Oberstehofmeisterin der Königin, die Gräfin Douglas rauschte herein. Zum Glücke für ihre Nerven sah sie nur noch, wie Fräulein Lucie de Nemancourt sich tief niederbeugte, um mit ihren Lippen die allergnädigst dargereichte Hand Ihrer Majestät der Königin zu berühren.

VIII.

Der Redakteur der Nouvelles de Paris.

Wir müssen um einige Wochen zurückgreifen, um uns nach den Personen umzusehen, für welche wir ebenfalls das Interesse unserer Leser in Anspruch genommen haben, ohne daß dieselben auf einer so hohen gesellschaftlichen Stufe gestanden hätten, um bei Hofe zu verkehren.

Der Leser erinnert sich, daß an dem Abend, an welchem wir ihn in den Klub des Korbeliers eingeführt, der Fabrikant Etienne Charles Lourdaud den Redakteur Lecerf für den folgenden Tag in sein Comptoir nach Vaugirard bestellt; und am Morgen dieses nämlichen Tages hatte der Advokat Armand Brasier ein Schriftstück entworfen, durch welches ein von Lourdaud gegen die Eheleute Maillet betriebenes Zwangsversteigerungsverfahren gekreuzt werden sollte.

Um elf Uhr an diesem Morgen finden wir den Fabrikanten Lourdaud in einer keineswegs angenehmen Laune in seinem Privatkabinet hin- und herrennen. Sein sonst nicht unschönes Gesicht war verzerrt, und seine grauen Augen sprühten Feuer.

„Sie sind ein Schafskopf! Camille!" schrie er einen hochaufgeschossenen blassen Menschen an, der in sich zusammengeknickt in der Nähe einer Thüre stand. „Ein Schafskopf," wiederholte er lauter, ohne sich in der Ertheilung seines Verweises darum zu kümmern, daß das ganze Comptoirpersonal durch die offene Thüre Zeuge desselben war. „Da hab' ich Ihnen einmal einen Auftrag ertheilt, der einige Grütze forderte, und da kommen sie mit einer so einfältigen Ausrede heim!"

„Aber ich kann doch die Leute nicht zwingen, anzunehmen?"

„Schwätzen Sie kein dummes Zeug! Wenn man mit fünfzigtausend Franken zu einem bankerotten Bauunternehmer kommt, so braucht man den nicht zur Annahme zu zwingen; sondern man muß genau solch' ein Stockvieh sein, wie Sie, wenn man unverrichteter Dinge wieder heimkommen soll."

„Der Mann war ja auch bereit," bemerkte in kläglichem Tone Herr Camille Ingaté, aber die Frau wollte durchaus ihren Advokaten fragen."

„Ja wohl, und da hab' ich bereits das Resultat ihrer Berathung," schrie er den Unglücklichen an, indem er auf ein zusammengeknülltes Papier deutete, welches in einer Ecke des Zimmers lag. „Heben Sie einmal den Wisch auf, und lesen Sie die Folgen Ihrer Tölpelhaftigkeit!"

Während Herr Camille Ingaté nach der Zimmerecke schlich, und dort das zerknitterte Papier zu glätten versuchte, trat Herr Lourdaud unter die Verbindungsthüre und rief hinaus: „Herr Renard, gehen Sie doch gleich einmal zu Herrn Maillet; sehen Sie zu, daß Sie ihn allein treffen, und bieten Sie ihm fünf und fünfzig, und beim Weggehen sechszigtausend Franken für seine Besitzung; aber das sei mein letztes Wort."

„Sehr wohl, Herr Principal," schallte es hinter einem der hohen mit Büchern und Papieren bedeckten Pulte heraus.

Camille hatte unterdessen das auf Stempelpapier geschriebene Aktenstück gelesen, und neben sich auf den Pult des Principales gelegt.

„Begreifen Sie nun, was mich Ihre Tölpelhaftigkeit kostet," fuhr er den Unglücklichen auf's Neue an. „Gehen Sie mir aus den Augen oder . . . Ah guten Morgen Herr Lecerf, es freut mich, Sie zu sehen."

Während Herr Camille Ingaté gebeugten Hauptes aus dem Privatkabinet des Gestrengen schlotterte, kam Herr Lecerf durch den mittleren Gang des großen Komptoirzimmers herauf. Er war offenbar in einer sehr glücklichen Laune, sein Gesicht war wie rosig angehaucht, und sein breiter von aufgeworfenen Lippen umsäumter Mund lächelte, was in einem ungemein komischen Gegensatze zu seiner geschwollenen grünblau marmorirten Nase stand; seinen Redingote Hut und Stock hatte er bereits im Vorzimmer abgelegt und so kam er den Daumen der Linken in die Armelöffnung seiner Weste gesteckt, in der Rechten eine Rolle Papier, tänzelnd daher; ja Herr Lecerf tänzelte trotz seines Gummipoint und seiner Nase!

„Ei, Herr Lecerf!" meinte Lourdaud lächelnd, „Welches Glück ist Ihnen heute geworden! Sie jubiliren ja mit der Lerche um die Wette, und mindestens vier Wochen früher, als sie!"

Das letztere bezog sich darauf, daß Lecerf, nachdem er im Privatkabinet seines Gönners angekommen, zu tänzeln aufhörte und dafür den Refrain eines Spottliedes von Baumarchais zwischen den Zähnen summte.

„Pst! Pst!" meinte Herr Lecerf, den Finger an den Mund legend: „Nur ganz im Vertrauen, mein Verehrtester!"

„Nun, dann machen Sie die Thüre zu," bemerkte Herr Lourdaud ziemlich gleichgiltig, indem er einen Wandschrank öffnete und eine bereits angebrochene Flasche Wein nebst zwei Gläsern demselben entnahm.

„Ich habe eine Einladung zum Souper bekommen."

„Nun, das ist der Rede werth!" meinte Lourdaud.

„O! Aber rathen Sie von wem?"

„Nun?" fragte Lourdaud einschenkend.

„Von Fräulein Athalie Tisserand."

„Der Vaudeville-Soubrette?"

„Derselben!"

„Aber die haben Sie ja die ganze Zeit in Ihren Nouvelles furchtbar heruntergerissen! Geben Sie Acht, daß Sie nicht zu Ihrer plattgeschlagenen Nase auch noch ein paar zerkratzte Augen bekommen!"

„Pah!" meinte Herr Lecerf sich auf den Hüften wiegend. „An der Porte St. Martin kenne ich mich aus. Wir werden uns tukullisch amüsiren und ich öffne ihr dafür die Pforten des Olymp."

„Wie machen Sie das?"

„Das ist sehr einfach; ich werde sie von jetzt ab doppelt so viel loben, als ich sie bis jetzt heruntergerissen habe!"

„Lump!" murmelte Lourdaud in sich hinein, dann berührte er mit seinem Glase das des Redakteurs der Nouvelles: „Recht viel Vergnügen! Herr Lecerf!"

„Ich denke wohl," sagte dieser schmunzelnd, und schlürfte langsam das Getränke aus Bordeaux.

„Apropos! Wissen Sie, wer Ihnen gestern den Faustschlag in's Gesicht gegeben?" fragte Lourdaud.

„Nein!" entgegnete Lecerf rasch: „aber ich möchte es wohl wissen."

„Es ist ein Schwede, oder ein Norweger, ich weiß das nicht genau, aber er heißt Gustav Svensen, war zur Auswanderung gezwungen, weil er räubisch wurde, und treibt sich seit einigen Monaten hier herum."

„Woher haben Sie das? Wissen Sie, wo er wohnt?"

„Das weiß ich nicht; aber das kann ich leicht erfahren, doch Dienst gegen Dienst."

Herr Lourdaud, Sie wissen, daß ich Ihnen mit allem zu Diensten bin."

„Unsere Interessen laufen ziemlich parallel;" bemerkte Lourdaud gleichgiltig. „Sie kennen den Advokaten Brasier?"

„Aeußerlich, ja Ein wackerer Mann; noch jung; aber man sagt, er werde einmal eine Zierde des Barreau geben. Ausgezeichneter Redner!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

licher Unteroffizier seinem Zögling versetzt. Die Milderungsgründe der augenblicklichen Erregung oder des wohlgemeinten Dienseifers fallen bei solchen Mißhandlungen ganz fort. Prinz Georg stellt ausdrücklich fest, daß ein großer Theil der zahlreichen Mißhandlungen sich qualifizirt als raffinirte Quälerei, als Ausfluß einer Rohheit und Verwilderung, die man bei dem Material, aus dem unser Unteroffiziers- und Instruktionspersonal sich ergänzt, kaum für möglich, und bei der Aufsicht und Kontrole, die in unseren Dienstverhältnissen ausgeübt werden soll, kaum für ausführbar halten sollte. Recht bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß viele Mißhandlungen gar nicht an irgend ein Vorkommniß im Dienst anknüpfen; ohne jeden besonderen Anlaß wurde mit einer gewissen Regelmäßigkeit, entweder mehrmals in der Woche oder gar täglich, das „Schikiren" (Durchprügeln) und das Quälen durch Kniebeugen, Gewehrstrecken u. s. w. vorgenommen, Monate lang, nicht bloß gegenüber Rekruten, sondern auch älteren Leuten. Es war ein Vergnügen für den betreffenden Unteroffizier, darum leistete er sich die Quälerei auch besonders gern in den Stunden seiner Erholung, wenn er behaglich beim Abendbrod saß oder im Bette lag!

Von den neun Missethätern, die Prinz Georg namentlich anführt, standen vier bei einer und derselben Kompagnie, nämlich der 1. Kompagnie des sächsischen Fußartillerieregiments Nr. 12. Diese Kompagnie muß ja ein Stück Hölle auf Erden gewesen sein! Wie konnten die Offiziere nur Teufel in Menschengestalt so lange in ihrer Kompagnie schalten lassen?

Wir werden auf die Angelegenheit noch weiter zurückkommen.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar.

Der Disciplinarhof erkannte heute gegen den Grafen Limburg-Stirum wegen Veröffentlichung des bekannten Artikels in der „Kreuzzeitung" über die Handelsverträge auf Dienstentlassung, Verlust der Pension und des Rechts, den Titel Gesandter zu führen.

— Der italienische Botschafter Graf de Launay ist heute früh 8½ Uhr gestorben.

Leipzig, 6. Febr. Der Konservative Landesverein macht bekannt, daß das Statut mit den Nationalliberalen für Sachsen endgiltig aufgehoben sei.

Bochum, 6. Febr. Unter der Ueberschrift: „Warum gegen Herrn Baare Anklage erhoben werden muß" veröffentlicht die „Westfälische Volkszeitung" eine Serie von Artikeln. Die auf dem Bochumer Verein seit 1876 bis tief in das Jahr 1891 hinein in Tausenden von Fällen vorgekommenen schweren Urkundenfälschungen und Betrügereien, versichert sie, seien nicht etwa zeitweilig und von einzelnen Personen verübt worden; es gebe auf dem Werke kaum eine Werkstatt, wo nicht seit Jahr und Tag die schwersten Betrügereien systematisch verübt worden. Für die Anfertigung der falschen Stempel seien besondere Graveure angestellt gewesen. Die Stempel seien nach Kommissionszetteln mit den Unterschriften der Vorgesetzten und gegen feste, in die Lohnbücher eingetragene Preise angefertigt worden. Die Werkstätten der Graveure seien an verborgene Orte verlegt worden. So habe der Graveur M. bis in die jüngste Zeit in einer abgelegenen Ecke über dem Glockenlager gearbeitet. Dort hätten sich noch am 5. Juni v. J. in einer Schublade mehrere Hundert falsche Stempel befunden, die Staatsanwalt Sandmeyer, wenn er dem Antrage auf Haussuchung Folge geleistet, dort würde vorgefunden haben. Das Weichblei für die Abdrücke und der Werkzeugstahl für die Stempel seien vom Werke geliefert worden. Dutzende von Arbeitern seien Jahr aus Jahr ein beim Kalt- und Warm-Flicken der Schienen beschäftigt gewesen; der nöthige Kitt sei zentnerweise vom Bochumer Verein beschafft worden. Als mehrfach Abnehmer die Arbeiter überraschten, sei die Flickwerkstatt nach Höntrup verlegt worden. Es stehe aktenmäßig fest, daß mehrfach bereits abgenommene und in Waggons verladene Schienen vom Rheinischen Bahnhofe zurückgeholt und durch fehlerhaftes, mit falschem Stempel versehenes Material ersetzt worden seien. Wer hier glaube, die Arbeiter hätten den Werktelegraphen zur Verfügung und es stehe denselben frei, nächtlicherweile mit den Werklokomotiven spazieren zu fahren, um den Betrug im Großen zu treiben, der sei nicht mehr ernsthaft zu nehmen. Es könne zugegeben werden, daß es mißlich sei, einen Mann von so hervorragender Stellung, wie Herr Baare, auf Grund eines, wenn auch noch so durchschlagenden Indizien-Beweises, unter Anklage zu stellen. Redakteur Fuhrangel habe deßhalb vier einwandfreie Zeugen genannt, welche bekundet hätten, daß nicht allein verschiedene Ingenieure, sondern auch Baare selbst, von den Stempelfälschungen und den sonstigen Machenschaften vollste Kenntniß gehabt. Diese Zeugen seien sämmtlich vernommen worden.

Mainz, 6. Februar. In der vorigen Woche haben unser Hochwürdigster Herr Bischof Dr. Haffner und Herr Domdekan Erler die Religionsprüfungen in den einzelnen Klassen des hiesigen Realgymnasiums und der Realschule vorgenommen.

Aus Anlaß der im Laufe des kommenden Sommers hier tagenden 39. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands fand vorgestern Abend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Geyer eine Zusammenkunft im „Frankfurter Hof" statt, welche sich mit der Konstituirung des Lokalkomites beschäftigte. Es wurden 9 Kommissionen gebildet und zwar eine Rednerkommission, eine Preßkommission, eine Finanzkommission, eine Wohnungskommission, eine Baukommission, eine Ordnungskommission, eine Begrüßungskommission, eine Vergnügungskommission und eine Ausstellungskommission. Für jede dieser Kommissionen wurde ein erster und ein zweiter Vorsitzender ernannt. Gemäß einem Antrag des Abg. Rade werden die öffentlichen Versammlungen in der „Stadthalle", die geschlossenen Versammlungen im „Frankfurter Hof" und die mit der Generalversammlung stattfindende kirchliche Kunstausstellung im Akademiesaal des kurfürstlichen Schlosses abgehalten werden.

Ausland.

Paris, 6. Febr. Die indirekten Staatseinnahmen im Januar überstiegen den Voranschlag um 6,680,000, und die vorjährigen Einnahmen im gleichen Zeitraum um 9,800,000 Frs. Die Zölle ergaben 190,000 Frc. mehr als budgetirt, 10,000,000 mehr als im Vorjahr. (Diese Ziffern scheinen nicht alle richtig übermittelt zu sein.

Bilbao, 6. Febr. Die Arbeiter beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Lissabon, 6. Febr. Die Kammer lehnte es fast einstimmig ab, in die Berathung über den Antrag Ferreiras, betr. den Verkauf der Kolonien, einzutreten.

Madrid, 6. Febr. Die Generaldirektion der Zölle gibt die im Königreich geltenden Zollvorschriften bekannt und theilt auf Befehl des Finanzministers mit, daß die Handelsverträge Spaniens mit Norwegen, Italien, Oesterreich-Ungarn, Belgien und der Schweiz bis zum 30. Juni d. J. verlängert worden und daher für Waaren aus den vorbenannten Ländern die in den Verträgen festgesetzten Zollsätze zu zahlen sind, ausgenommen für Branntwein und Alkohol, wofür die Zölle des neuen Tarifes zu zahlen sind. Produkte aus Deutschland und Schweden unterliegen den Tarifen der meistbegünstigten Nation bis zum 30. Juni d. J. Für Alkohol ist jedoch der neue Zoll zu zahlen. Saagmehl für industrielle Zwecke und Dextrin deutscher Provenienz zahlen einen Peseta per 100 Kilo. Ein Ursprungszeugniß ist nothwendig.

Vier Anarchisten wurden wegen Theilnahme an den Unruhen im Januar bei Xeres zum Tode verurtheilt und sollen demnächst hingerichtet werden.

Petersburg, 6. Febr. Gestern erschien ein unbedingt beeinflußter Artikel im „Birschewja", der von einem angeblichen Stimmungswechsel der deutschen Regierungskreise zu Gunsten Rußlands und dessen Folgen spricht und u. a. sagt: „Wir haben Grund, anzunehmen, daß sowohl die deutsche wie die russische Regierung die Zeit bis zu dem Punkt, wo der auswärtige Handel Rußlands seinen derzeitig einseitigen Charakter verliert, dazu ausnutzen werden, für beide Staaten auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse einen modus vivendi im Zollverkehr ausfindig zu machen." Dieser Artikel wird hier sehr bestimmt der Feder des Geheimraths Witte zugeschrieben. Interessant ist auch die Schlußbemerkung, daß „die begeisterten französisch-russischen Kundgebungen von 1891 nunmehr einer nüchternen Berücksichtigung der Wirklichkeit und der beiderseitigen Interessen gewichen sind."

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 5. Februar.

Die heutige Reichstagssitzung ist wieder einmal an der Klippe der Beschlußunfähigkeit gescheitert. Beinahe wäre sie an ihr glücklich vorbeigekommen, denn nur 10 Abgeordnete fehlten an der beschlußfähigen Zahl. Indeß war das gewaltsame Ende nicht auch ein sehr vorzeitiges, denn erst um ein halb Fünf, also nahe dem Zeitpunkt, an dem die Vertagung stattzufinden pflegt, erfüllte sich das Schicksal, dafür hatte sich das Haus nach debattelosester Erledigung des Etats der Reichsjustizverwaltung (der Titel Staatssekretär war schon gestern erledigt) allem mit der vom freisinnigen Abg. Frh. v. Bar zu diesem Etat beantragten Resolution beschäftigt, worin ein Gesetz über die Auslieferung von verurtheilten und angeschuldigten Personen an auswärtige Regierungen gefordert wird. Das Gesetz soll die Auslieferung und den Abschluß von Auslieferungsverträgen der ausschließlichen Zuständigkeit des Reiches übermitteln, die Bewilligung einer Auslieferung von der Mitwirkung der Gerichte abhängig machen und die Regierungen verpflichten, ihre mit andern Staaten abgeschlossenen besonderen Auslieferungsverträge aufzuheben. Der Antragsteller führte zur Begründung der Resolution aus, daß in der Wissenschaft wie in der Praxis sich die Unzuträglichkeit des bisherigen Zustandes herausgestellt habe. Ein einheitliches Auslieferungsverfahren sei eine Konsequenz der Reichseinheit und Rechtseinheit. Die Kompetenz der Einzelstaaten zum Abschluß von Auslieferungsverträgen habe es möglich gemacht, daß Fürst Bismarck 1884 den Auslieferungsvertrag Preußens mit Rußland schloß und Bayern nachfolgte. Es sei an der Zeit, diesem Vertrage ein Ende zu machen.

Staatssekretär Dr. Bosse erklärte, bisher sei der Wunsch oder das Bedürfniß, das Auslieferungswesen einheitlich durch Reichsgesetz zu regeln, irgends hervorgetreten. Die bisherige Praxis entspreche der Reichsverfassung; er sehe nicht ein, warum man daran ändern solle.

Derselben Ansicht war der Abg. Dr. Hartmann (kons.), der Antrag verlange eine Beschränkung der Rechte der Einzelstaaten und würde keinen Fortschritt bedeuten.

Abg. Gröber (Cent.) würde mit einer Mitwirkung der Gerichte einverstanden sein, widersprach aber entschieden der in dem Antrage liegenden unitarischen Tendenz, die dem Centrum die Annahme unmöglich mache.

Ebenso sprach sich der württembergische Abg. Freiherr v. Gültlingen (Reichsp.) gegen die verlangte Einschränkung der Rechte der Einzelstaaten aus. Nachdem man die Postreservate der süddeutschen Staaten angegriffen, die Beseitigung des Militärhoheitsrechts Bayerns verlangt habe, wolle man jetzt mit einem Schlage alle von den Einzelstaaten auf Grund ihres verfassungsmäßigen Rechtes abgeschlossenen Verträge beseitigen. Dazu habe das Reich gar nicht das Recht. Besonders vertheidigte der Redner nach den von Preußen und Bayern mit Rußland abgeschlossenen Vertrag, der nichts Abscheuliches habe.

Der Abg. v. Bar bestritt, daß dem Antrage eine unitarische Tendenz innewohne, und meinte, unser Hinweis auf die s. Z. durch den Fall Hartmann veranlaßte Spannung zwischen Rußland und Frankreich, daß sehr wohl Zeiten kommen könnten, wo es der Regierung sehr angenehm wäre, die Entscheidung über die Auslieferung den Gerichten überlassen zu können.

Der Abg. Bebel trat natürlich entschieden für den Antrag ein und suchte nachzuweisen, daß die ganze Verwirrung in das Auslieferungswesen erst von Bismarck hineingebracht sei, der, da er für den barbarischen Vertrag mit Rußland auf eine Mehrheit im Reichstage nicht rechnen konnte, eine behelfsmäßige Bestimmung der Verfassung benutzt habe, um den Vertrag zwischen Preußen und Rußland abzuschließen.

Der freisinnige Abg. Dr. Meyer (Berlin) versicherte, daß seine Partei die gegebene Abgrenzung zwischen Reich und Einzelstaat wohl oder übel acceptire und an eine Abänderung nicht denke. Indeß rücke mit dem Ausbau der Gesetzgebung das Reich ganz allmälig seine Grenzsteine weiter hinaus. Die Resolution wolle nur praktisch dem Reiche nützen. Dem Versuche, dem Centrum zuzuschieben, daß es bei anderen Gelegenheiten, wie bei der Branntweinsteuer, der Börsengesetzgebung, Rechte der Einzelstaaten preisgegeben habe, trat der Abg. Spahn entschieden entgegen.

Der Abg. Dr. Osann erklärte, daß die Nationalliberalen dem Antrage sympathisch gegenüberständen, aber Kommissionsberathung zur weiteren Klärung der Angelegenheit für nothwendig hielten.

Nachdem Dr. Hartmann und Spahn sich gegen Kommissionsberathung ausgesprochen, weil der Antrag prinzipiell unannehmbar sei, wurde über die Frage, ob Kommission oder nicht, durch „Hammelsprung" abgestimmt. Dabei ergab sich indeß die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 189 Abgeordnete anwesend waren, von denen 88 für und 101 gegen die Kommission stimmten. Die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Morgen wird die Berathung des Etats fortgesetzt und beim Reichsamt des Innern endlich die lange zurückgehaltene Entrüstung über das „Niederlegen" zum Ausbruch kommen können.

C.P.C. **Berlin,** 6. Februar.

Die Abstimmung über den Antrag v. Bar über das Auslieferungswesen, die gestern wegen der Beschlußunfähigkeit des Reichstages nicht stattfinden konnte, war heute als letzter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt. Das war sehr vorsichtig und klug gethan. Denn heute war die Versammlung ebensowenig beschlußfähig wie gestern. Sie kam aber mit ihrer Arbeit nicht bis zu der Abstimmung und so ging diesmals noch alles glücklich vorüber. Nachdem das Haus beschlossen hatte, die in drei Petitionen nachgesuchte Ermächtigung zur Fortsetzung des Privatklageverfahrens gegen den Abg. Werner (Antis.) wegen Beleidigung durch die Presse nicht zu ertheilen, setzte es die zweite Berathung des Etats fort beim Kapitel Reichsversicherungsamt. Von den sozialistischen Abgg. Auer und Gen. war hierzu eine Resolution beantragt, in welcher eine Revision des Unfallversicherungsgesetzes gefordert wird; insbesondere soll die 13wöchige Karenzzeit abgeschafft und die Rente schon vom Tage der Beendigung des Heilverfahrens ab bezahlt, ferner das Gesetz auf die Strafgefangenen ausgedehnt und für die Betriebsunternehmer, die ihre Beitragspflicht auf die Arbeiter abwälzen, eine Strafe festgesetzt werden.

Abg. Grillenberger begründete die Resolution und berief sich für die erste Forderung auf zahlreiche Fälle in der Praxis; oft sei der Verunglückte nach 4 Wochen geheilt und müsse nun 10 Wochen auf die Rente warten. Weiterhin befürwortete er die Ausdehnung des Versicherungszwangs auf das Handwerk und einzelne Zweige des Handelsgewerbes und brachte dann eine Reihe von Klagen vor. Dabei machte er dem Staatssekretär v. Bötticher den Vorwurf, den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes zu einer Gesetzeswidrigkeit veranlaßt zu haben. Diese soll darin liegen, daß das Reichsversicherungsamt im vorigen Jahre, als es, um der Geschäftslast gewachsen zu sein, die Zahl der Stellvertreter seiner Mitglieder verstärkte, bei den Arbeitervertretern keine besondere Wahlen veranstaltet, sondern diejenigen genommen habe, welche bei der vorhergegangenen Wahl die nächstmeisten Stimmen bekommen hatten. Auf die Alters- und Invaliditätsversicherung übergehend erklärte er, daß seine Partei den Grundgedanken des Gesetzes für richtig, den Aufbau aber für verfehlt halte. Die Regierung solle deßhalb über eine gründliche Umgestaltung des Gesetzes nachdenken, oder nachdenken lassen. Wenn man nicht wisse, wie man die Sache besser machen solle, solle man den Aufbau des Gesetzes den Socialdemokraten überlassen.

Der Staatssekretär v. Bötticher nahm den Vorwurf der Gesetzwidrigkeit nicht besonders übel. Man habe das geringste Verfahren bei der Auswahl der Arbeitervertreter angewandt, da man sich in einer Nothlage befunden, die Neuwahl aber sehr zeitraubend gewesen wäre. Dann kündigte er für die nächste Session eine Vorlage an, welche die Unfallversicherung auf alle diejenigen Kategorien ausdehnen soll, bei denen ein Bedürfniß dafür vorliegt, und in der zugleich die anderen zu Tage getretenen Mängel beseitigt werden sollen. Mit Heiterkeit nahm das Haus die Versicherung des Staatssekretär's auf, daß die Ausführung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes sich über Erwarten glücklich vollzogen habe. Man habe ja von vorn herein gewußt, daß man Erfahrungen auf diesem Gebiete erst werde sammeln müssen. Er habe über die Abhilfung der vorgebrachten Klagen nachgedacht, aber, so gestand er offenherzig, mit sehr geringem Resultat. Die vorgeschlagenen Aenderungen würden noch mehr Unzuträglichkeiten haben. Den Klagen wegen der Kieberei gegenüber verwies er auf den § 112 des Gesetzes, wonach die Krankenkassen das Einkleben der Marken und das Einziehen der Beiträge von den Arbeitgebern übertragen werden kann. Daß das Gesetz verbesserungsbedürftig sei, erkannte er an. An eine Aufhebung könne aber, nachdem das Reich 11 Millionen seiner Angehörigen gegenüber damit bestimmte Verpflichtungen übernommen habe, nun und nimmer gedacht werden. Die Regierung werde energisch und eifrig überlegen, wie die Mängel zu beseitigen seien und werde für jeden gemachten Vorschlag dankbar sein. Abg. Freiherr v. Stumm befürwortet die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk und erklärte sich dann gegen den Antrag Auer, der einige und zwar nicht die wichtigsten Punkte vor der umfassenden Reform besonders geregelt wissen wollte. Interessant war es, daß Herr von Stumm ebenso wie vorher schon Abg. Grillenberger sein direktes Bedauern darüber aussprach, daß man wohl den Herrn Staatssekretär, nicht aber den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes selbst am Bundesrathstische sehe. Ob Herr von Bötticher diesen Wink verstehen wird? Deutlich genug war er. Um ½6 Uhr brach die Vertagungslust durch. Montag wird die Berathung fortgesetzt.

Baden.

Karlsruhe, 7. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben die auf Professor Dr. Merx gefallene Wahl zum Prorektor der Universität Heidelberg für das Studienjahr von Ostern 1892 bis dahin 1893 gnädigst zu bestätigen geruht, sowie den ordentlichen Professor an der Universität Freiburg, Geheimen Hofrath Dr. Karl Richard Sontag auf sein unterthänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste auf 1. April d. J. in den Ruhestand zu versetzen und dem Bezirksphysikus a. D. Dr. Freiherrn von Reitzenstein in Freiburg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha verliehenen Komthurkreuzes 1. Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Karlsruhe, 7. Febr. Gestern Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimeraths Freiherrn von Ungern-Sternberg entgegen und ertheilte dann dem Königlich Schwedischen Professor von Gedertschöld eine Privataudienz. Nachmittags hörte Höchstderselbe die Vorträge des Geheimeraths von Regenauer und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

Von Ihrer Königlichen Hoheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen sind den Höchsten Herrschaften Nachrichten vom 24. Januar zugekommen, welche sehr befriedigend lauten.

* **Karlsruhe,** Freitag, 5. Feb. In die etwas trockenen Kammerverhandlungen der letzten Tage brachte die heutige Sitzung eine interessante Abwechslung. Es handelte sich um die Versorgung der unverheiratheten Töchter des sog. gebildeten Mittelstandes, ein Thema, das den deutschen Parlamenten allerdings nicht mehr fremd ist, sonst aber vorzugsweise hinter'm Biertisch und im vertraulichen Kreise besorgter Ehegatten verhandelt wird. Dieser also immerhin etwas ungewöhnliche Verhandlungsgegenstand zog denn auch eine Menge Zuhörer, namentlich aus der Damenwelt, an, die mit großer Neugierde den lebhaften Debatten folgten, die trotz des Ernstes, den die Sache erfordert und den man ihr beizulegen bemüht war, doch auch des Humors nicht entbehrten und in ihrer Gesammtheit dem Hause schon mehr den Charakter eines großen Heirathsbureaus verliehen. Liberale, freisinnige und socialdemokratische Redner suchten einander in Liebesbezeugungen für das schönere Geschlecht zu überbieten, so daß es den anwesenden Vertreterinnen desselben schwer geworden sein mag, wem sie das höchste Maß ihrer Sympathien schenken sollen. Der elegante Herr Oberbürgermeister von Lahr, Abg. Dr. Schlosser, brach zuerst eine Lanze zu Gunsten des ehelosen Theiles des weiblichen Geschlechtes. Die Sorge für ihren Lebensunterhalt, die Sicherung ihrer Zukunft, veranlassen ihn, zu verlangen, daß man den Kreis der Berufsarten erweitert, in denen Frauen eine Existenz finden können. Uebertroffen wurde Herr Schlosser noch bedeutend durch den Abg. Muser, der in seiner angeborenen Liebenswürdigkeit gleich einen guten Schritt weiter ging und die Zulassung der Frauen zum höheren Studium als einen Akt der Gerechtigkeit bezeichnete. Doch wer nach den überschwenglichen Worten Muser's diesem die Krone des Verdienstes zuerkannte, der wußte nicht, daß der Socialdemokrat Dr. Rüdt noch reden werde. Dieser Herr überstrahlte Alle. „Gleiches Recht für Alles, was Menschenantlitz trägt," diesen Satz will er auch den Frauen gegenüber in Anwendung gebracht wissen, und verlangt deßhalb auch für sie absolute Gleichberechtigung in jeder Beziehung. Da er aber einsah, daß dieser Wunsch in der jetzigen badischen Kammer doch nicht verwirklicht werde, gab er sich mit dem Kommissionsantrag zufrieden und ersuchte in eindringlichen Worten die beiden Seiten des Hauses um ihre Zustimmung. Es waren in der That herrliche Worte, die von diesen drei Rednern gesprochen wurden und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dieselben von Herzen kamen und wohlgemeint waren, aber wir bezweifeln, ob sie in Ausführung gebracht, den unverheiratheten Töchtern und damit der gesammten menschlichen Gesellschaft jene Hilfe bringen würden, die sie erhoffen lassen. Denn die Zahl derjenigen jungen Damen, denen eintretenden Falls die Vergünstigung zu gute käme, indem sie all die finanziellen und übrigen Schwierigkeiten, die das höhere Studium mit sich bringt, überwinden könnten, wäre im Verhältniß zu der Zahl der in der Regel „sitzen bleibenden Töchtern" so verschwindend klein, daß von einer fühlbaren Abhilfe keine Rede sein könnte. Denn gerade diejenigen, welche wegen Mangel an Vermögen heute keine Männer bekommen, konnten aus demselben Grunde auch nicht das höhere Studium ergreifen, blieben also doch von höheren Berufsarten ausgeschlossen. Die Folge davon wäre, daß die Eifersucht und der Neid der gegenwärtig die „Sitzenbleibenden" gegen die „glücklichen Ehefrauen" erfüllt, sich dann auch gegen die wenigen wohlbestellten weiblichen Aerzte und Professoren richten würde.

Dazu kommt noch der weitere Umstand, daß sich die meisten jungen Damen erst dann zu anderen Berufsarten entschließen, wenn sie sehen, daß aus dem Heirathen nichts werden will, denn der Beruf der Hausfrau liegt einmal in der Natur des Weibes; andere wieder, denen sich nach ganz oder theilweise vollendetem Studium eine annehmbare und passende Partie böte, würden den Gelehrtenberuf an den Nagel hängen, heirathen und in der Ehe als Hausfrau eine Rolle spielen, wie die sogenannten „studirten Bauern", die überall in ihrem Geschäft, wo man sie auch hinstellt, hindern. In solchen Fällen wäre nicht bloß der Aufwand für das Studium gleichsam hinausgeworfen, sondern die betreffenden Ehemänner wären auch „gründlich hereingefallen". Daß aber solche Fälle eintreten würden, lehrt die Erfahrung bei Lehrerinnen und anderen weiblichen Beamten. Der natürliche Beruf des Weibes ist der Ehestand und für diesen sollten alle Jungfrauen erzogen werden, da in den Jugendjahren keine weiß, ob sie, wenn einmal die Zeit kommt, nicht heirathen kann oder nicht will.

Wir haben deßhalb die feste Ueberzeugung, daß die Herren Abgeordneten Lauck und v. Buol die Interessen des weiblichen Geschlechtes und der ganzen Gesellschaftsordnung viel besser wahrten, indem sie eine gründliche Ausbildung für den Beruf als Hausfrau, sowie eine vollständige darauf gerichtete Erziehung verlangten und zur Bescheidenheit mahnten. Dafür zu sorgen, daß das Familienleben gehoben und die guten Ehen vermehrt werden, ist viel wichtiger, als einzelnen Damen zum Studium zu verhelfen, wodurch das Gegentheil von dem Nothwendigen und Gewünschten erlangt wird.

Würden durch Zulassung des weiblichen Geschlechtes zum höheren Studium thatsächlich auch vereinzelte ledige Damen eine sichere Existenz finden, so würden durch das nachgerufene Streben nach diesem Ziel auf der einen Seite noch mehr Mädchen ihrem eigentlichen Beruf als Hausfrau von vornherein entfremdet, die Männer aber würden durch die entstehende Konkurrenz noch weniger in der Lage sein, zu heirathen, das Uebel wäre also dadurch nicht vermindert, sondern vermehrt.

Die großh. Regierung und die Oberschulbehörde scheinen diese Ansicht ebenfalls zu theilen und es ist sehr erfreulich, daß man von diesen Seiten bei allem Wohlwollen, das man der Sache verspricht, nicht übereilt zu Neuerungen schreitet, die von vornherein fraglich erscheinen und speciell von unseren badischen Frauen nicht einmal verlangt werden, sondern sich als ein von anderen Parlamenten schon mehrfach zurückgewiesenes außerbadisches Projekt erweisen.

Während war wiederum die Ueberzeugungsgemeinschaft der Abgeordneten Kiefer und Rüdt. Mit väterlichem Stolze stellte der Konstanzer Landgerichtspräsident dem jüngeren Socialdemokraten Rüdt das Zeugniß aus, daß er ihm politisch klüger erscheine, wie der Abgeordnete Muser. Ja selbst in der Form seiner Rede schloß sich Herr Kiefer dem Socialisten Rüdt an, indem er in nicht gerade nobler Weise Herrn Lauck gegenüber persönlich wurde, was dieser zu der Erwiderung veranlaßte, Kiefer habe in das socialdemokratische Horn geblasen.

* **Karlsruhe,** 8. Febr. Der hiesige nationalliberale Verein hielt am Donnerstag Abend in der Schrempp'schen Brauerei eine Generalversammlung ab, die, nach den Zeitungsberichten zu schließen, einen in verschiedener Hinsicht interessanten Verlauf nahm. Nach der Eröffnungsrede des Herrn Stadtrathes Dr. Boeckh, der seiner Unzufriedenheit mit dem neuen Kurs in Berlin rückhaltlos Ausdruck verlieh und Verlesung des finanziell sehr günstigen Rechenschaftsberichtes durch Stadtrath Ludwig wurde die Zahl der Vorstandsmitglieder von 12 auf 18 erhöht, darunter befinden sich nur acht Stadträthe. Herr Leichtlin, ebenfalls Stadtrath, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt, als Vorsitzender wurde gewählt Stadtrath Boeckh. Unter den übrigen Vorstandsmitgliedern sind einige Stadtverordnete und der Vorstand des Militärvereins. In den anderen politischen Vereinen hiesiger Stadt wird man Stadträthe vergebens suchen, jetzt wenigstens. Nun — tempora mutantur — vielleicht wird's auch da noch anders. Die Hauptrede hielt Herr Abg. Fieser. Er behandelte die politische Lage, lobte das indirekte Wahlsystem, die Gemeindeordnung, das neue Beamtengesetz, das gleiches Recht geschaffen vom Minister bis zum Letzten in der Gehaltsklasse K. — nur mit dem Unterschied, daß Oben nach Tausenden aufgebessert wurde, während die niederen Beamten ihre Aufbesserung mit der Lupe suchen müssen — und schimpfte zum Schluß über Wacker, die Freisinnigen, Caprivi und den preußischen Kultusminister v. Zedlitz, der nicht einmal akademische Bildung besitze — der aber dennoch ein grundgescheidter Mann und ehrlicher Politiker zu sein scheint, im Phrasenmachen allerdings hinter Herrn Fieser weit zurückbleibt. Nachdem so über alles Mögliche tüchtig geschimpft war, brachte Stadtrath Boeckh, der jedenfalls zu der Ueberzeugung kam, daß solche Hetzereien doch schädlich sein könnten, ein Hoch aus auf — die Einigkeit des deutschen Volkes. Nun ist das Vaterland gerettet.

* **Karlsruhe,** 8. Febr. Bekanntlich hat die Centrumsfraktion gleich zu Beginn des Landtages einen Antrag eingebracht, auf Herabsetzung der Besteuerung der Rebgelände um 50 pCt. Der Antrag erfuhr in Folge Widerspruchs von Seiten der Regierung und der liberalen Mitglieder der eigens dazu ernannten Kommission verschiedene Abänderungen. Nunmehr brachte man von nationalliberaler Seite am Samstag zur allgemeinen Ueberraschung des anderen Theiles des

Hauses ebenfalls einen Antrag, der vor dem Centrumsantrag demnächst der Berathung im Plenum vorgelegt wird. Der Antrag lautet: „Hohe Zweite Kammer wolle 1. die großherzogliche Regierung ermächtigen, nach Mißjahren im Weinbau auf Antrag der Gemeinden den Beschädigten die Staatssteuer aus Rebgelände ganz oder theilweise rückversetzen; 2. die großherzogliche Regierung ersuchen, dafür zu sorgen, daß vom Staate oder mit Staatsunterstützung in den Rebbezirken des Landes Rebschulen angelegt werden; ferner, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher für den Fall der Totalerneuerung eines Rebstückes Befreiung von der Grundsteuer auf die Dauer von fünf Jahren vorsieht." Unterzeichnet ist er von Abgg. Klein-Weinheim, Kiefer, Pfefferle, Dreher, Klein-Wertheim und Blankenhorn. Nach all' dem Vorausgegangenen kann man ein solches Verhalten nicht anders nennen als „Popularitätshascherei".

⊙ **Karlsruhe,** 8. Febr. Die „Bad. Presse" enthielt dieser Tage bezüglich des hiesigen kath. Arbeitervereins eine Notiz, die allgemeine Mißbilligung verdient. Selbst wenn die darin geschilderten Mißstände vorlägen, wäre weder die Oeffentlichkeit noch viel weniger aber die liberale „Bad. Presse" der Ort zu ihrer Besprechung. Nach eigener Kenntniß der Sachlage können wir gerade das Gegentheil dieser Angriffe konstatiren und sind glücklicher Weise auch in der Lage, in wenigen Tagen eine akten- und zahlenmäßige Widerlegung folgen zu lassen.

Karlsruhe, 6. Febr. Die Regierung verhält sich, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, gegen das Bahnprojekt Offenburg-Kehl ablehnend.

Karlsruhe, 5. Febr. Kaiser Friedrich über Janssen's Geschichte. In Nr. 3 der „Katholischen Schulzeitung" von diesem Jahre heißt es: „Daß die von dem großen Historiker Janssen bearbeitete „Geschichte des deutschen Volkes" auch von hochgestellten Protestanten gelesen und studirt wird, erhellt aus einem Urtheil des verstorbenen Kaiser Friedrich über das genannte Werk: „Ich lese das Werk," lautete dieses Urtheil, „mit großem Interesse. Auch für die Evangelischen ist es gut, daß diese wirre Zeit einmal auch von einem Katholiken gründlich behandelt worden ist. Ich höre, daß der Verfasser viel beschimpft wird, aber ich weiß nicht warum, denn er schimpft niemals. Wenn er zu weit geht, sollte man ihn ruhig in die Schranken weisen, aber nicht schimpfen. In England und Frankreich erkennen selbst die religiösen Freidenker die große Bedeutung des Werkes an." Wie sticht dieses Urtheil des edlen Kaisers Friedrich ab gegen so viele Wuthausbrüche „evangelischer Bundesbrüder"!

Karlsruhe, 4. Febr. Aus gewerblichen Kreisen wird laut „Bad. Corr." seit einiger Zeit vielfach die Klage laut, daß in Folge der außerordentlich großen Verwendung des Nußbaumholzes in der Möbelfabrikation und in den Gewehrschäftfabriken und der dadurch hervorgerufenen unverhältnißmäßigen Steigerung des Preises für Nußbaumholz alle größeren und zu diesem Zwecke brauchbaren Nußbäume gefällt werden. Bereits vor mehr als Jahresfrist ist diese den Bestand an Nußbäumen gefährdende vermehrte Nachfrage nach Nußbaumholz der Gegenstand lebhafter Erörterungen im Karlsruher Gewerbeverein gewesen, und es ist bei diesem Anlaß der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, daß — da überdies die Nachpflanzung von jungen Nußbäumen nur in einem nicht genügenden Maße stattfindet — bei stetig fortschreitendem Bedarfe an Nußbaumholz mit der Zeit eine völlige Ausrottung des Nußbaumes eintreten müßte. Seither hat sich der Bedarf für die Möbelfabrikation nicht vermindert, und es wurde, weil das italienische oder amerikanische Nußbaumholz nicht als Ersatz für das deutsche betrachtet werden kann, immer wieder zur massenweisen Fällung unserer Nußbäume geschritten werden. Insbesondere hat aber die Gewehrschäftefabrikation enorme Massen von Nußbaumholz erfordert, und wenn es sich bestätigt, daß die russische Regierung soeben mit badischen Firmen wegen Lieferung von drei Millionen Gewehrschäften verhandelt, dann wäre die Befürchtung allerdings nicht abzuweisen, daß es mit der badischen Nußbaumkultur bald zu Ende sein würde. Es wäre demnach sehr zu wünschen, daß, da der Nußbaum sich für die Landwirthschaft nicht in besonders günstiger Weise zum Anbau eignet, der Staat und die Gemeinden zum Mindesten dafür sorgen wollten, daß der Nußbaum in einer dem Umgang annähernd entsprechenden Verhältnisse an Raine und Böschungen und, soweit möglich, auch waldähnlich angepflanzt würde. Uebrigens hofft die „Bad. Corr.", daß sich badische Firmen doch noch aus patriotischen Erwägungen bedenken werden, bevor sie sich zur Lieferung der Gewehrschäfte für Rußland entschließen.

Aus dem Bezirk Eberbach-Buchen, 8. Febr. Die Wahl des Abgeordneten für den hiesigen Bezirk findet am Freitag, den 12. Februar statt.

⊙ **St. Georgen** (b. Freiburg), 4. Febr. Nachdem am vorletzten Sonntag in Freiburg die große Centrumsversammlung abgehalten worden zum Zwecke der weiteren Verbreitung des katholischen Volksvereins auch in Baden, regt es sich allenthalben im Lande, um diesem überaus praktischen Verein Mitglieder zu gewinnen. So hatten wir vorgestern auch hier eine stark besuchte Versammlung und es war das Verdienst des Herrn Redners, Verwalter Robert Hutter in Freiburg, daß der Verein auch in unserer Gemeinde so viel Mitglieder fand. In recht volksthümlichem Vortrag verstand es der Redner den Zweck des Vereines darzulegen und die Feinde zu kennzeichnen, gegen welche der Verein sich besonders richte. Die Versammlung war von einem glänzenden Erfolg begleitet, denn nach dem einen warmen Appell von Seiten des Vikars haben sich sofort 49 Männer eingeschrieben und in den folgenden zwei Tagen hat der Verein noch weitere 91 Mitglieder gewonnen, so daß der kathol. Volksverein in unserer Gemeinde jetzt 140 Mitglieder zählt. — Für unsere Verhältnisse eine recht schöne Zahl. Vivant sequentes!

Badischer Landtag.

▲ **Karlsruhe,** 6. Februar.

Der 1. Vizepräsident Freiherr Franz v. Bodman eröffnet um 10 Uhr die 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Am Regierungstische Minister Eisenlohr, sowie die Ministerialräthe Heß und Buchenberger. Petitionen sind eingegangen von Gemeinden des Wiesenthals um Ermäßigung der Tarife der Wiesenthalbahn.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Begründung und Berathung der Anträge des Freiherrn v. Hornstein.

5) Die Großh. Regierung zu bitten um Vorlage eines Gesetzes zur Förderung der amortisationsweisen Heimzahlung der Hypothekenschulden des bäuerlichen Grundbesitzes, eventuell auch auf dem Wege der Lebensversicherung. Die Gelder der Alters- und Invalidenversicherung, Stiftungskapitalien u. dgl. könnten diesem Zwecke dienen.

Freiherr v. Hornstein weist auf die hohe Belastung und Verschuldung unseres Grundbesitzes hin, noch immer habe die Frage der Grundentlastung bei den Aufständen eine große Rolle gespielt. Der Bestand der heutigen Gesellschaft und die Monarchie hänge mit der Frage zusammen, unseren Bauernstand in den alten Tugenden schuldenfrei zu erhalten. Gerade wegen des bevorstehenden bürgerlichen Gesetzbuches sehe er sich zum Vorgehen veranlaßt, weil dasselbe hauptsächlich in dem veralteten, doktrinären römischen Recht aufgebaut wird, für dessen Annahme in jetziger Form sich wohl kein Reichstag findet und die Einführung wohl in diesem Jahrhundert nicht zu erwarten ist. Heute verhalten sich viele Kreise wohlwollender gegenüber solchen Forderungen, als vor 10 Jahren und heute sei es ihm klar, daß die Amortisation der Schulden ohne fremde Beihilfe erfolgen kann, und zwar auf Grund des Personalkredits und der Lebensversicherung. Letzteres geschieht in der Provinz Hannover mit Hilfe der badischen Versorgungsanstalt bei den in die Höferolle eingetragenen Höfe und es wäre Sache der Regierung, diese Idee populär zu machen. Es sei hohe Zeit, daß diese Fragen in den betreffenden Kreisen genau studirt werden und Belehrung erfolgt. Die Amortisation solle man aber auch durch Gründung einer Kasse erleichtern, entweder durch die Amortisationskasse oder durch Versicherungs- und Stiftungsgelder, welche ja stets sicher gestellt sind, doch will er dies der Regierung überlassen. Doch müsse Vorsorge getroffen werden, daß in Mißjahren die Zahlung gestundet werden kann, Ersparungen könnten durch Verwendung der Steuerrecheder als Kassiere gemacht werden. In Preußen dürfen die Zahlungen für die Lebensversicherung und Annuitäten bis zu 600 M. an der Einkommensteuer in Abzug gebracht werden, das sollte auch bei uns erlaubt sein, wenn auch nur für eine geringere Summe, wodurch die Schuldentilgung gefördert würde. Die Hypotheken sollten nicht auf den Schätzungswerth, sondern den Ertragswerth gegründet werden, weil von Gemeinderäthen oft falsche Schätzungen zu Gunsten der Darlehenssucher gemacht werden. Um da Abhilfe für Baden zu treffen, brauche man nicht das Civilgesetzbuch abzuwarten. Redner streift noch den Gedanken eines greifbaren Minimums für die kleinen Landwirthe und spricht gegen die Güterausschlächter, frei werdende Höfe sollten dem besten Wirthe zugeführt werden. Erst soll der Grund und Boden entlastet werden, erst dann wird ein Heimstätten-Gesetz von Vortheil sein. Eine verderblichere Institution gebe es aber nicht, als das Bürgschaftssystem, woran gerade die Geschäftsgebahrung der Domänenverwaltung die Schuld trage. Der Bauer müsse ein Conto-Corrent haben, entweder bei den Vorschußkassen, oder bei einem Geldmanne; von diesen Halsabschneidern wolle er nicht reden, aber jene Kassen wollen eben Dividenden vertheilen, Besserung erhofft er theilweise durch die Novelle. Er aber wünsche Kassen, deren Aufgabe allein es ist, dem Bauer aufzuhelfen ohne Rücksicht auf Dividende. Ein freies Grundstück solle einen einfachen, billigen Eintrag erhalten und damit könne der Kredit bei der Kasse gegründet werden, worauf sie sich billig Geld verschaffen können. Er stellt den Antrag, diese Anträge an eine Kommission zu verweisen, welche detaillirte Anträge an die Regierung stellen soll.

Minister Eisenlohr ist bei der hohen Bedeutung der Angelegenheit mit dem Antrage einverstanden. Mit dem ungünstigen Urtheil über das bevorstehende Civilgesetzbuch ist er nicht einverstanden, dasselbe werde nicht zum Schaden, sondern zum Heile Deutschlands ausschlagen. Aber dasselbe werde doch früher als Redner gemeint, in Kraft treten und deßhalb solle man etwas vorsichtig in der Gesetzgebung sein. Dagegen ist er damit einverstanden, daß die Amortisation der bäuerlichen Verschuldung auf dem Wege der Abhilfe vorgenommen werde, die Regierung habe schon Schritte gethan und ein Versuch in Helmsheim ist geglückt, was beweist, daß das Ziel erreicht werden kann. Auch mit der Benützung der Lebensversicherung ist er einverstanden, die sich in Hannover bewährt und es sei zu wünschen, daß jenes Beispiel bei uns Nachahmung finde. Daß dazu eine Kasse nothwendig, sei außer Zweifel, eine Vorlage sei deßhalb noch nicht erschienen, weil das andere hohe Haus sich abgeneigt zeigte, vielleicht ist jetzt eine Aenderung eingetreten. Was die Erhebung der Gelder betreffe, so könnten die Gemeinderechner dazu verwendet werden, eine Steuerfreiheit sei aber wegen des Steuergesetzes nicht möglich. Betreffs der Bürgschaften ist er gleicher Ansicht, mit den ländlichen Kreditgenossenschaften sei bereits ein guter Anfang gemacht.

Ministerialrath Heß erklärt, die gleiche Vertheilung eines Nachlasses führe nicht zur Verschuldung, das sei nur der Fall, wenn eine Person das ganze Anwesen übernimmt, wobei der Pflichttheil sehr hoch ist. Dann kann sich der Uebernehmer kaum und oft nur mit Hilfe einer guten Heirath halten. In dieser Richtung kann aber das geschmähte bürgerliche Gesetzbuch entschieden Besserung schaffen, weil das Pflichttheil auf die Hälfte herabgesetzt wird. Das bäuerliche Erbrecht soll der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben und deßhalb soll eine Neuregelung bei uns bis zur Einführung unterbleiben, ein Entwurf ist bereits ausgearbeitet und wird nächstens den Interessenten zur Begutachtung zugehen.

Freiherr Ernst August v. Göler dankt dem Minister für die sympathische Zustimmung, hofft auf ein Entgegenkommen des andern Hauses und stimmt dem Antrage auf Kommissionsverweisung zu, dem sich auch Kommerzienrath Diffené anschließt.

Der Antrag wird darauf angenommen.

b) Großh. Regierung möge die in den Ortsgemeinden zerstreut liegenden liegenschaftlichen Parzellen des Domänenärars an die betreffenden Gemeinden oder an einzelne Bauern mit langen Heimzahlungsfristen verkaufen — im ersteren Falle zur Vermehrung des Gemeindeallmendes, im letzteren Falle zur Bildung von Rentengütern.

Freiherr v. Hornstein erklärt, es sei, allerdings mit Ausnahmen, nicht Sache des Staates, selbst wirthschaftlichen Betrieb an Grundstücken zu treiben. Der idealste Zustand sei die Erbpacht oder eine Pacht in langen Fristen, sonst wird der Betrieb vernachlässigt. Die Verpachtung in kleinen Parzellen berge viele Schäden in sich, dabei kämen viele Leute in Schulden bis über die Ohren und diese Schäden seien an den Bewegungen betreffs des Grundbesitzes schuld, wie bei der Socialdemokratie und der Bodenreform. Der Staat solle solche Mißstände nicht provociren und unterhalten, sondern derartige Parzellen der besten Hand zuführen. Entweder solle man Gemeindeallmend oder Rentengüter daraus schaffen, die Allmende sind eigentliche Heimstätten der Gemeinden und sie können nicht verschuldet werden, deßhalb solle die Regierung einer Zersplitterung entgegen wirken, wodurch auch dem zu frühen Heirathen vorgebeugt wird. Redner will auch keine Detailvorschläge machen, der Antrag solle der Kommission zugewiesen werden und er bitte die Regierung, demselben mit Wohlwollen zu begegnen.

Minister Eisenlohr ist auch mit diesem Antrage einverstanden, er kann aber zu seinem Bedauern jetzt nicht mittheilen, ob die Domänenverwaltung zum Verkaufe geneigt, wie viel solche Parzellen vorhanden und ob daraus Rentengüter errichtet werden können. In der Kommission werde dann auch zur Sprache kommen, welche Hindernisse einer Vermehrung der Gemeinde-Allmende sich entgegen stellen.

Nachdem noch Verwaltungsgerichtshofs-Präsident Dr. Wielandt sich für Verweisung an die Kommission ausgesprochen, wird dieser Antrag angenommen und auf Antrag zugleich beschlossen, die Verhandlungen über die Anträge im Drucke vervielfältigen zu lassen.

Nach einer Kommissionswahl wird die Sitzung geschlossen, die nächste findet erst in etwa 14 Tagen statt.

⊙ **Karlsruhe,** 6. Februar.

24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertische: Nokk und Regierungskommissäre.

Haus und Tribünen schwach besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Minister Eisenlohr, daß bei seiner schon erwähnten Anwesenheit in Altbreisach, im September letzten Jahres, mit keinem Wort die Rheinvorlandsfrage berührt worden sei; er also auch keine wohlwollende Behandlung zugesagt haben könne. Seine erste Aeußerung darüber, habe auf Irrthum beruht. (Die Entgegnungen der Abgg. Wacker und Schüler werden schon in letzter Nummer bekannt gegeben.)

Beim 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Budgets des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Titel Strafanstalten für das Jahr 1892/93 bringt

Abg. Dreesbach einige Beschwerden bezüglich der Gefangenentransporte zur Sprache.

Ministerialrath v. Jagemann entkräftigt dieselben.

Abg. Rüdt bringt seine Erlebnisse im Heidelberger Amtsgefängniß zur Sprache und beklagt sich insbesondere über den dortigen Gefängnißarzt Dr. Knaus. Was die Kost in den Amtsgefängnissen betreffe, so sei dieselbe bedeutend schlechter als in den Landesgefängnissen, obgleich sie auch in diesen viel zu wünschen übrig lasse. In den Amtsgefängnissen werde nur einmal wöchentlich ein Stückchen Fleisch verabreicht, sonst gebe es thatsächlich nichts anderes als gewärmtes Wasser. Wenn die Socialdemokratie solche Mißstände in der Oeffentlichkeit zur Sprache bringe, so geschehe dies nicht, um das Volk aufzureizen, sondern um der Gerechtigkeit eine Satisfaktion zu verschaffen, die anders nicht gegeben werden könne. Ferner sei statistisch festgestellt, daß sich in den Strafanstalten eine Anzahl Epileptische und Irrsinnige befänden, die gehörten doch in Heilanstalten. Nicht ungerügt dürften auch die sogenannten Dunkelarreste bleiben, in denen der Aufenthalt der Gesundheit sehr schädlich sei. Ueberhaupt machte sich seit dem letzten Krieg ein Zug der Grausamkeit bemerkbar, und zwar namentlich in den Gefängnissen. Er bitte deßhalb die Regierung, auch bei Behandlung der Gefangenen, und namentlich der politischen Gefangenen Humanität und Gerechtigkeit walten zu lassen.

Ministerialrath von Jagemann freut sich über die günstige Stellung, welche die Kommission zu den Anforderungen für die Strafanstalten einnehme. Uebergehend auf die Beschwerden Rüdt's hält er sie für harmlos. Das seien Mißstände, die überall vorkämen und in den meisten Fällen nicht umgangen werden könnten. Was die Gefängnißkost betreffe, so sei die Regierung eifrig bestrebt, alle Anregungen zum Besseren auszunützen. Das jetzige Kostregulativ sei nach reiflicher Erwägung und mit vieler Vorsicht aufgestellt worden und habe sich nach der gemachten Erfahrung auch bewährt. Die Kost in den Amtsgefängnissen sei zwar spärlich, das sollte sie aber auch sein, in allen Fällen, aber wo eine Vermehrung nöthig erscheine, habe der Arzt freie Hand, dies anzuordnen. Die meisten Gefangenen hätten zu Hause keine bessere Kost, als sie dieselbe in den Gefängnissen erhielten. Die Versicherung könne er dem Abg. Rüdt geben, daß es der Regierung fern liege, durch Diät auf politische Gefangene einzuwirken. Was die Internirung Epileptischer und Irrsinniger in Gefängnissen betreffe, so mache er darauf aufmerksam, daß es eben verschiedenerlei Irrsinnige gebe, auch solche, bei denen das freie Denken nicht ausgeschlossen sei, und die deßhalb verurtheilt werden können. Auch seien die Ansichten der Aerzte darüber verschieden. Jedenfalls würde aber die Regierung, wenn ihr solche begründete Mißstände zu Gehör kämen, dieselben abstellen. Von den sogenannten Dunkelarresten würde nur in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht, ganz seien sie aber nicht entbehrlich. Was die Beleuchtung betreffe, so sei eine Beschwerde darüber noch nicht eingekommen. Verbesserungen seien in Gefängnissen thatsächlich eingetreten und sie könnten auch nicht als beendigt angesehen werden, weil mit den fortschreitenden Veränderungen der Sitten und Gebräuche auch das Gefängnißwesen Schritt halte; wegen der geringen Zahl der politischen Gefangenen könnten jedoch allgemeine Aenderungen nicht eintreten. Die Regierung sei aber jederzeit geneigt, an sie herantretende Beschwerden wohlwollend zu behandeln.

Abg. Dreesbach kommt nochmals auf die Gefangenentransporte zu sprechen. Sage 16 Stunden müßten die Gefangenen mit einem Stück Brod auf den Transporten auskommen und er bitte nochmals die Regierung Abhilfe eintreten zu lassen.

Abg. Muser pflichtet den Ausführungen des Abg. Dreesbach vollständig bei. Eine solche Behandlung sei inhuman. Wenn die Regierung heute nicht versprechen, hier Remedur eintreten zu lassen, so sei es Sache des Hauses, einen dahingehenden Initiativantrag einzubringen. Weiter müsse er die Frage anregen, ob Leuten, die freigesprochen worden sind, nicht etwa der Betrag von Zeugengebühren zur Deckung der Reisekosten vergütet werden könnten. Eine bessere Behandlung der politischen Gefangenen könne er im Interesse der Rechtsgleichheit nicht befürworten.

Abg. Strüde glaubt, daß die Majorität des Hauses mit den Darlegungen des Regierungsvertreters einverstanden sei. Den Gefängnißarzt Dr. Knaus in Heidelberg müsse er gegen die Angriffe Rüdt's in Schutz nehmen. Derselbe sei bei seiner vielen Arbeit kurz, behandle Kleinigkeiten auch als solche, sei sonst aber sehr gewissenhaft in der Ausübung seines Berufes. Das Zimmer, das Rüdt in Heidelberg bewohnt habe, sei das beste des ganzen Gefängnisses. Was die Kost betreffe, so dürfe diese nicht so sein, daß sich die Gefangenen nach ihrer Entlassung wieder dahin zurücksehnten.

Abg. Keller schildert die Zustände in den Bruchsaler Strafanstalten, die er als sehr gute bezeichnet.

Abg. Rüdt hält seine vorgebrachten Beschwerden aufrecht. Bezüglich der politischen Gefangenen glaube er, daß überall, wo ein politisches Motiv zu Grunde lege, auch ein politisches Vergehen angenommen werden müsse.

Abg. Fieser bemerkt, daß der Verlauf der heutigen Debatte zum Glauben Veranlassung gebe, als ob an unseren Centralstrafanstalten nur Aufsehungen zu machen seien. Und doch sei das Gegentheil der Fall. Nicht nur in Deutschland, ja in ganz Europa und selbst in Amerika seien dieselben grundlegend geworden und gerade Herr v. Jagemann habe sich hierin einen berühmten Namen erworben. Wenn man gerecht sein wolle, müsse man neben den Schatten-, auch die Lichtseiten hervorheben. Die Amtsgefängnisse ließen allerdings noch Manches zu wünschen übrig, allein es sei schwer, hier sofortige Abhilfe zu schaffen, da dies viele Kosten mit sich bringe. Wie aber unser Budget zeige, sei man bestrebt, nach Möglichkeit Besserungen eintreten zu lassen. In allen Gefängnissen sollten aber keine politischen Gefangenen zur Strafverbüßung untergebracht werden. Bezüglich der Gefangenentransporte stimme er dem Abg. Dreesbach vollständig bei; Abhilfe sei hier aber leicht möglich. Den Begriff „politische Gefangene" möchte er ziemlich ausgedehnt angewendet haben und die Entscheidung nicht der Verwaltung, sondern Richter überlassen, weßhalb er die Regierung bitte, beim Bundesrath ihren Einfluß dahin geltend zu machen.

Abg. v. Buol, der seiner Zeit an den diesbezüglichen Berathungen im Reichstag theilnahm, macht deßhalb zu den angeregten Fragen einige erläuternde Bemerkungen und macht auf verschiedene Schwierigkeiten aufmerksam. Redner bezweifelt nicht, daß die Regierung im Bundesrath nach Kräften beitragen wird, die vorgetragenen Wünsche zu verwirklichen. Eine große Schwierigkeit liege insbesondere im finanziellen Punkt, doch bitte auch er die Großh. Regierung, behufs Abänderung des Civilstrafgesetzbuches das Ihrige beitragen möge.

Abg. Fieser kommt nochmals auf das Gefängnißwesen zu sprechen und zählt verschiedene Mißstände an den Amtsgefängnissen auf. Namentlich sollten den Untersuchungsgefangenen, was Kost und Unterkunft betrifft, eine etwas humanere Behandlung zu Theil werden. Zum Schluß wirft Redner die Frage auf, ob sich nicht auch die bedingte Verurtheilung einführen ließe.

Ministerialrath v. Jagemann geht nochmals kurz auf die gerügten Einzelheiten ein.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Wittum werden die Tit. VII der Ausgaben und Tit. II der Einnahmen genehmigt.

Die Gesammt-Ausgaben im ordentlichen Etat betragen für 1892/93 . . . . . 2,328,162 Mk.

Die Gesammt-Ausgaben des außerordentlichen Etats betragen . . . . 104,953 „

Die Einnahmen . . . . . 1,602,544 „

Bei der Einzelberathung der verschiedenen Positionen bringt

Abg. Fischer verschiedene Mißstände des Freiburger Amtsgefängnisses zur Sprache und empfiehlt die Verlegung desselben. Das Landgericht in Freiburg bedürfe ebenfalls einer Vergrößerung. Diese sei zwar schon von der Regierung in Aussicht genommen, er bitte jedoch, dieselbe womöglich recht bald auszuführen und auch in dieses Budget eine bestimmte Summe aufzunehmen.

Ministerialrath v. Jagemann bemerkt, daß dies nicht möglich sei, da die Vorbedingungen noch nicht so weit gediehen seien.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung „den Gesetzentwurf, die Dienstaufsicht über die Gewerbegerichte" betr., erhält das Wort der Berichterstatter

Abg. Kiefer, der die Gewerbegerichte als einen großen Fortschritt bezeichnet, deren Vortheile er eingehend schildert, bittet um Zustimmung.

Abg. Schuler stellt einige Ungenauigkeiten des Berichterstatters richtig und stellt an die Großh. Regierung die Frage, was sie bis jetzt zur Förderung der Gerichte gethan hat und was sie noch zu thun gedenkt. Bis jetzt bestünden in Baden 5 Gewerbegerichte, wenn aber ein solches irgendwo nothwendig erscheine, so sei dies in Schopfheim und im Wiesenthal überhaupt, allein die Handelskammer in Lörrach weigere sich dagegen. Auch in Konstanz, wo das Bedürfniß dazu vorliege, weigere man sich, eines zu errichten. Man verweise da die streitenden Parteien an die Bürgermeister, die aber in den wenigsten Fällen den Anforderungen entsprechen könnten. Weiter möchte er anregen, daß bei den einzelnen Gewerbegerichten verschiedene Kammern eingerichtet würden.

Minister Nokk bemerkt, daß die Förderung der Gewerbegerichte in's Ressort des Ministeriums des Innern gehöre. Hier handle es sich nur um die Beaufsichtigung der Gewerbegerichte.

Abg. Gönner hat die Rede Schuler's überrascht, da sie einem Ruf nach staatlichem Zwang bezüglich Einführung der Gewerbegerichte gleichkomme. Das sei auffallend, da man sonst von staatlichem Zwang nichts wissen wolle. Die Gewerbegerichte paßten nur für einzelne Gegenden und Städte. Die allerwichtigsten Rechtsstreitigkeiten könnten vor diesen Gerichten zum Austrag gebracht werden. Es könne deßhalb nur eine juristisch gebildete Kraft den Vorsitz führen. Diese sei aber nicht in kleinen Städtchen immer zu haben; auch spiele der Kostenpunkt eine große Rolle. Die Einführung habe also ihre großen Schwierigkeiten. Er bitte deßhalb die großherzogliche Regierung allen Zwang bei Seite zu lassen.

Abg. Fieser ist mit den Ausführungen des Abg. Gönner einverstanden. Ein Bedürfniß sei nur dort vorhanden, wo es viele Industriearbeiter gebe; an anderen Orten würden die Gewerbegerichte geradezu zu einer Kalamität.

Abg. Dreesbach ist der Ansicht, daß Herr Schuler von seinem heute dargelegten Standpunkt aus im Reichstag für den socialdemokratischen Antrag auf obligatorische Einführung hätte stimmen müssen. Den Standpunkt Gönner's könne er aber durchaus nicht billigen. Im Sinne der Reichsgesetzgebung liege eine möglichst ausgiebige Einführung der Gewerbegerichte; deßhalb habe sie den Einzelregierungen die Macht gegeben, die Gemeinden, die sich dagegen sträuben, zur Einführung zu zwingen. Er stellt das Ersuchen an die Regierung überall, wo sich Wünsche darnach geltend machen, dafür zu sorgen, daß die Gerichte eingeführt würden.

Abg. Kirchenbauer hält ebenfalls die Gewerbegerichte für eine sehr zweckmäßige Einrichtung und spricht den Landbürgermeistern die Eigenschaften ab,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu schlichten. Der Kostenpunkt sei nicht so bedeutend.

Abg. Schuler: Die Abg. Gönner und Fieser hätten ihn falsch verstanden. Er habe durchaus nicht gesagt, in allen Orten ein Gewerbegericht einzuführen, sondern habe auf einen bestimmten Industriebezirk hingewiesen. Damit fielen alle Behauptungen der beiden Herren zusammen. Auch die Gesetzesvorschriften halte er nicht für so sehr schwierig. Gegen die obligatorische Einführung habe er im Reichstag gestimmt, weil es eben viele Orte und Gegenden gebe, wo solche Gerichte nicht nöthig seien, für einen Zwang sei er nicht, er verlange nur genaue Beachtung des Gesetzes. (Bravo!)

Abg. Gönner entgegnet kurz auf einige Bemerkungen Dreesbach's.

Nach einem Schlußwort, wird der Gesetzentwurf, bestehend aus dem folgenden Artikel:

„Die unmittelbare Dienstaufsicht über die Gewerbegerichte führen die Landgerichte nach Maßgabe der Anordnungen des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts"

genehmigt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Schwetzingen, 4. Febr. Am Dienstag Mittag wurde der hiesige Landwirth J. Sch. in seiner Scheuer erhängt aufgefunden. Die Ursache, daß der sonst in guten Verhältnissen stehende Mann sich zu diesem Schritt hat bewegen können, wird darin gesucht, daß er eine Wirthschaft in Neckarau zu etwas hohem Preise angekauft hatte und ihm von vielen Seiten Vorhalt darüber gemacht wurde.

Freiburg, 2. Febr. Ein junges Ehepaar aus Freiburg i. Br., das sich auf seiner Hochzeitsreise befindet, hatte nach der „Magdeb. Ztg." am Mittwoch, den 27. Jan., ein unangenehmes Abenteuer zu bestehen. Das junge Paar hatte in Porto Maurizio an der Riviera den Schnellzug bestiegen, der um 8 Uhr 40 Minuten nach Genua abfährt. Sie fuhren allein in einem Abtheil 1. Klasse. In dem langen Tunnel „Vesta" zwischen Oneglia und Diana Marina öffnete sich plötzlich die Kupeethür und es fliegen zwei Kerle herein, die dem Ehemann bedeuteten, daß er ihnen seine Börse und Brieftasche anvertrauen möge. Dem Ueberfallenen blieb nichts übrig, als diesem Wunsche zu willfahren. Aber ehe noch die Räuber das Abtheil wieder verlassen hatten, begann der Zug zu bremsen. Die Räuber sprangen sofort hinaus, konnten aber, als der Zug still stand, leicht dingfest gemacht und dann der Polizei übergeben werden. Dieser befriedigende Abschluß des Abenteuers ist der jungen Frau zu verdanken, die Geistesgegenwart genug besaß, die Sicherheitsklingel in Wirksamkeit zu setzen, während sich die Räuber mit ihrem Manne beschäftigten.

Freiburg, 6. Febr. Der Dichter v. Vincke, bekannt durch seine Shakespeare-Bearbeitung, ein Bruder Georg Vincke's, ist gestorben.

Lokales.

Karlsruhe, 8. Februar.

* **Constantia.** Wir machen auch an dieser Stelle auf die Mittwoch Abend im Vereinslokal (Augustiner) stattfindende Generalversammlung aufmerksam und hoffen im Interesse der wichtigen Verhandlungsgegenstände auf zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.

— **Hoftheater.** Die erstmalige Aufführung von Shakespeare's „König Heinrich V." ging am Freitag flott vorüber. Wenn dieser Theil des Königsdramen-Cyclus sich durch seine wenig dramatische Form nicht so gut für die Bühne eignet, so werden doch dieser Mangel und viele sonstigen Aussetzungen ausgeglichen durch die Figur Heinrich V., der vom Dichter als dessen Lieblingshelden, strahlend, mit allen Tugenden eines edlen, ritterlichen Fürsten ausgestattet, vor uns tritt. Die Art der Zusammenstellung der Szenen und der Kombination des Ganzen, wie sie unsere Hofbühne geboten, ist die denkbar beste für das Theater; wir kommen in der nächsten Nummer ausführlicher darauf zurück. — An Stelle des verstorbenen Kugel wird der Hofkapellmeister Frank von Mannheim die Stelle eines zweiten Kapellmeisters an der hiesigen Hofbühne übernehmen.

— **Verhaftet.** Ein Schuhmacher Schropp, der wegen Diebstahl ausgeschrieben war, wurde hier verhaftet.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 5. Febr. Friedrich Wolf von Sachsenflur, Schutzmann hier, mit Wilhelmine Malmsheimer von Neuenburg. — 6. Febr. Rudolf Rudhardt von Berchtesgaden, Sattler hier, mit Marie Müller von Heuberg. — Otto Heck von Bietigheim, Diener hier, mit Christina Hettel von Bietigheim.

Eheschließungen: 6. Febr. Adolf Volz von Binsbach, Oberkellner hier, mit Marie Engel von Binningen. — Georg Höfle von Bretten, Konditor in Bretten, mit Katharina Walz von Bretten. — Karl Hofheinz von Blankenloch, Vorarbeiter hier, mit Anna Ulmer von hier.

Geburten: 31. Jan. Karl August, Vater Joh. Georg Heinzelmann, Lokomotivheizer. — 3. Febr. Karl Benjamin, Vater Benjamin Jäger, Bäckermeister. — Marie Elisabeth, Vater Andr. Vogt, Kutscher. — August, Vater Anton Haller, Schlosser. — 4. Febr. Pauline Wilhelmine, Vater Mich. Koch, Wirth. — Luise Käthchen Eugenie, Vater Wilh. Wötzel, Schreinermeister.

Todesfälle: 4. Febr. Eduard Cuillan, Ingenieur, ein Ehemann, alt 61 Jahre. — Karl, alt 2 Jahre, Vater Hermann Ulmer, Schneider. — Otto, alt 3 Monate 2 Tage, Vater Karl Köhler, Schuhmacher. — Gustav, alt 3 Monate 4 Tage, Vater Albert Sander, Reisender. — Emil, alt 3 Monate 28 Tage, Vater Karl Hauer, Eisendreher. — Emil, alt 1 Jahr 16 Tage, Vater Paul Schanze, Schreiner. — 5. Febr. Wilhelm, alt 1 Jahr 1 Monat 27 Tage, Vater † Leo Becht, Tapezier.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Karl Benjamin Müller, 55 J.
Langenau: Johann Georg Vogt, 65 J.
Lörrach: Elisabeth Grether-Meirin, geb. Meirin.

Ein jüngerer Notarsgehilfe, im Ausfertigen geübt, findet sofort Stellung. Gesuche mit Zeugnissen und Ansprüchen an Notar **Wachter** in **Kandern.** 2.2

Mein Bureau befindet sich nunmehr

Kaiserstraße Nr. 164,

1 Treppe.

Dr. jur. L. Schlesinger,
Rechtsanwalt.

Tauschantrag.

Ein Pfarrer des mittleren Theils Badens, dessen Pfarrei am Gebirge in schöner Lage etwa 1000 Seelen hat, wünscht diese Stelle mit einer anderen, in der Ebene gelegenen, zu vertauschen. Gefällige Offerten sind an die Expedition ds. Bl. zu richten unter **Nr. 63.**

Gebr. Treffzger,
Gravieranstalt, Kautschukstempel- und Metallschablonen-Fabrik,
Karlsruhe,
Zähringerstraße Nr. 102, Ecke der Lammstraße.
empfehlen sich in **Gravirarbeiten jeder Art;** Anfertigung von **Wappen, Behörden- und Firmen-Siegel und Stempel.** Neuanfertigung, sowie Nachgravirung von **Bostien-Eisen.** Schablonen zur **Wäschestickerei und für kaufmännische Zwecke** in großer Auswahl vorräthig. 12.8

En gros

en detail.

Sein größtes Lager in

Perl-, Metall- und Blätter-Kränzen,

künstlichen Blumen u. Zimmerpflanzen aller Art, **Bouquet-Manschetten** von 15 Pfg. an bis 150 Mk. per Dutzend, **Trauerschleifen**, gewachst, Batist und Atlas, empfiehlt billigst

W. Eims Nachfolger,
Adlerstraße 7.

Brautkränze, Hutbouquets,
Phantasie- u. Schmuckfedern
empfiehlt
W. Eims Nachfolger,
Adlerstraße 7.

Auskunft ertheilen:
von der Becke & Marsily, Antwerpen;
Joh. Felsinsberger, Karlsruhe;
Friedrich Hell, Kronenstrasse 28, Karlsruhe;
Bruno Kossmann, Karlsruhe;
Wilh. Roth, Karlsruhe;
Robert Gegel, Karlsruhe-Mühlburg;
Emil Werner in Karlsruhe-Mühlburg;
Karl Schindler, Ettlingen. 38.3

Lehrlingsgesuch.

Ein junger Mann kann die Buchbinderei unter günstigen Bedingungen gründlich erlernen bei **Ferdinand Gaa**, Buch- und Devotionalienhandlung, **Bruchsal.**

Auf bevorstehende Ostern empfiehlt die

Buch- und Devotionalienhandlung
von
Ferdinand Gaa in Bruchsal.

1. **Kommunion-Andenken** von 9 Pf. an. Besonders mache ich auf 3 neue Muster aus dem berühmten Verlag von B. Kühlen in M.-Gladbach aufmerksam pro Stück 20 Pf. 50 Stück M. 9.50. 100 Stück M. 18.—.
2. **Gebetbücher für Erstkommunikanten** in feinst Saffianleder mit Goldschnitt von M. 1 an, in Leinwand mit Rothschnitt von 70 Pf. an **Nachfolge Christi** von 60 Pf. bis M. 1.30. **Philothea** von M. 1 bis M. 2.50. **Goffine,** M. 2.60 und auf 12 ein Freiexemplar.
3. **Rosenkränze,** Cocosperlen, braun, mit Messing stark gekettelt per Dutzend M. 1.8?. Derselbe mit Cocuskreuz M. 2.40. Weiße, in Bein- und Silberdraht, M. 20, M. 3.60 und M. 4.80 per Dutzend.
4. **Heiligenbilder** in größter Auswahl, schön in Farben ausgeführt, von 60 Pf. per 100 Stück an. Stahlstiche von M. 3.50 per 100 Stück an.
5. **Heiligenstatuen** in allen Größen. **Vollständige Lourdesgrotten** von M. 3.50 an.

Nächste Woche erscheint:

Normal-Arbeits-Ordnung
sowie Normal-Statut eines Arbeiter-Ausschusses.
Mit Einleitung und Erläuterungen
nebst Auszügen aus bewährten Fabrikordnungen
sowie einer Zusammenstellung der
Bestimmungen des Arbeiterschutz-Gesetzes von 1891.
Herausgegeben von **Franz Hitze**, Mitglied des Deutschen Reichstages und des Preuß. Abgeordnetenhauses.
Preis 2 M. 20 Pfg. (einschließlich Porto).
Verlag von J. P. Bachem in Köln.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

2. populär-wissenschaftlicher Vortrag für Katholiken in Karlsruhe.

Donnerstag, den 11. Februar, Abends 8 Uhr,
im großen Rathhaussaale

Vortrag

des Herrn Schriftstellers **Ph. Wasserburg** aus Mainz
über

„Beruf der Frau nach christlicher und socialistischer Weltanschauung."

Zu den Vorträgen haben auch Damen Zutritt.

Es werden außer dem Vortrag am 11. d. M. noch **vier** Vorträge gehalten.

Für **reservirten** Platz beträgt der **Gesammtpreis 3 Mark** für die fünf Vorträg, für **nichtreservirten 2 Mark.** Der **Eintrittspreis** für **einen** Vortrag beläuft sich auf **1 Mark** für **reservirten** Platz und auf **50 Pfg.** für **nichtreservirten.**

Karten können in Empfang genommen werden in der Agentur der Literarischen Anstalt, Ecke der Herren- und Erbprinzenstraße, bei Herrn Buchbinder Dorer, Erbprinzenstraße 19, sowie in der Expedition des „Badischen Beobachters", Adlerstraße 42.

Für die **reservirten** Plätze werden die Karten nur in der Agentur der Literarischen Anstalt abgegeben.

Am Vortrags-Abend sind noch Karten am Eingange in den Saal zu haben.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Das Komitee.

Katholischer Männerverein Constantia.

Die diesjährige

ordentliche Generalversammlung

wird am **Mittwoch, den 13. Februar d. J., Abends 8¼ Uhr,** im Vereinslokale zum „Augustiner" abgehalten.

Die Tagesordnung ist im Vereinslokale angeschlagen.

Etwaige Anträge zur ordentlichen Generalversammlung müssen nach § 13 der Vereinssatzungen mindestens 8 Tage vor der Tagung dem Vorstande schriftlich eingereicht werden.

Karlsruhe, den 28. Januar 1892.

Der Vorstand.

A. Marx, Bankgeschäft,
neben der Reichsbank,
empfiehlt sich zum An- und Verkauf von Werthpapieren jeder Art unter coulanten Bedingungen.

Offenburg.

Vincentiushaus.

Das Vincentiushaus, schön und gesund gelegen, mit hübschem Garten und Hauskapelle, geleitet von Ingenbohler Schwestern, empfiehlt sich zur Aufnahme alleinstehender, auch kränklicher Personen jeden Standes und jeder Konfession. 3.3

Gute Pflege in gesunden und kranken Tagen bei mäßigen Preisen.

Nähere Auskunft ertheilt die Vorsteherin,

Schwester **Maximiliane Maier.**

Concert-Saal
Brauerei Schrempp, Waldstraße.
Karlsruher Colosseum,
jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.
1

Badische Weine.
Gebr. Schlager, Weingroßhandlung,
Lahr i. B.
Prämiirt auf sämmtlichen beschickten Ausstellungen.
Patentfässerei seit 1876.

Wir offeriren hierdurch, da nicht reisen lassen:

Weissweine:					
Kaiserstühler, angenehmer Tischwein	à 40,	45,	50 u.	55	Pf.
Markgräfler, feiner Tafelwein	à 60,	70,	80 „	90	„
Ortenauer, dto. sehr kräftig	à 65,	75,	90 „	100	„
Durbacher, feurig, prickelnd und bouquetreich	à 80,	90,	100 „	120	„
Rothweine:					
Kaiserstühler, mild und angenehm	à 70,	80,	90 u.	100	Pf.
Zeller, Ersatz für feine Bordeaux	à 100,	120,	130 „	140	„
Affenthaler, desgleichen, sehr gerbstoffhaltig	à 110,	130,	140 „	160	„

Preis per Liter ohne Faß ab Lahr.
Transportgebinde leihweise von 50 bis 600 Liter Gehalt.
Garantie für reine Traubenweine.
50.5
NB. Große Preisliste und Anerkennungsschreiben stehen auf Verlangen zu Diensten.
Man ne me Bezug auf diese Zeitung.

Diplom 1882.

Diplom 1883.

Gebr. Dees, Nachfl. **Eug. Klingele,**
Kaiserstr. 126, **KARLSRUHE,** Kaiserstr. 126,
empfiehlt seine beste und billigste 50.15
Reparaturen-Werkstätte für Uhren.

Nur einige Tage in Karlsruhe!
Großer Stuttgarter
Schuhwaaren-Ausverkauf,
Ecke der Kaiser- und Waldhornstraße,

empfiehlt eine große Auswahl **Damenstiefel** in Tuch, Kid-, Seehund- und Wichsleder, gut gearbeitet, für jede Witterung passend, schon von M. 4.50 an, größte Auswahl **Herrenstiefel,** prima Handarbeit, schon von M. 6.50 an, alle Arten **Kinderstiefel** für Knaben und Mädchen, nur bekannt gute Arbeit, billigst. 7.5

Noch großer Vorrath aller Arten **Winterschuhwaaren,** welche zu jedem nur annehmbaren Preise abgegeben werden.

Niemand sollte diese günstige Gelegenheit versäumen, billige und gute Schuhwaaren einzukaufen.

Achtungsvollst

Wilh. Wacker, Schuhfabrikant,
Stuttgart—Heidelberg.
Nur einige Tage im Laden Ecke der Kaiser- und Waldhornstraße.

M. 1.40,
per Pfund frisch gebrannten feinschmeckenden
Kaffee
empfiehlt
Wilh. Wiessner,
9 Marienstraße 9.

Apollinaris,
Emserwasser,
Selterswasser,
Syphon,
Sodawasser,
Himbeersaft
empfiehlt
Franz Mayer, Kronenstraße 18.

Karmeliten-Geist
vom Kloster in Regensburg empfiehlt
L. Dörflinger,
10.2 früher **J. Giani,**
Karlsruhe in Baden.

Winter-Schuhe
zu
bedeutend ermäßigten Preisen.
N. A. Adler,
141 Kaiserstraße 141.

Bahnhof-Stadttheil.
Maschinenstrickerei,
Strickwolle,
Unterhosen und Jacken,
Socken, Strümpfe,
am billigsten bei
Fried. Zirk,
Schützenstraße 37.

Wirthschaft,
eine kleinere, in **Karlsruhe,** nachweislich gut rentirend, mit Kegelbahn, ist wegen Wegzug unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Offerten unter **Nr. 64** zu richten an die Expedition dieses Blattes. 2.2

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, den 9. Februar. 1. Quartal. 21. Abonnem.-Vorstellung. Zum 1. Male wiederholt: **König Heinrich V.** Geschichtliches Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare, übersetzt von A. W. v. Schlegel; nach der Bearbeitung von W. Oechelhäuser. Anfang halb 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, den 10. Febr. 10. Abonnem.-Vorstellung. **Euryanthe.** Große romantische Oper mit Ballet in 3 Akten, gedichtet von Helmina von Chezy. Musik von Karl Maria v. Weber. Anfang 6 Uhr.

Sehenswürdigkeiten.

Kunstgewerbe-Museum, Westendstraße 81. Unentgeltlich geöffnet: Dienstag bis mit Freitag 10–1 Uhr Vorm. und 2–4 Nachm., Sonntags 11–1 Uhr Vorm. und 2–4 Uhr Nachm. Samstag und Montag geschlossen.

Landesgewerbhalle, Karl-Friedrichstraße 17. Unentgeltlich geöffnet. Ausstellung: Dienstag bis Samstag von 10–12 Uhr Vorm. und 2–4 Uhr Nachm. Montags geschlossen. — Bibliothek und Vorbildersammlung: an Wochentagen von 10–12½ Vorm., Mittwoch und Samstag Nachm. von 2½–5 Uhr und Dienstag und Freitag von 8–10 Uhr Abends.

Großh. Kunsthalle. Geöffnet Sonntag, Mittwoch und Freitag Vormittags 11–1 Uhr und Nachmittags 2–4 Uhr.

Kunstverein. Eingang vom Schloßplatz bei dem Botanischen Garten. Geöffnet Sonntag und Mittwoch Vormittags 11–1 Uhr und Nachmittags 2–4 Uhr, Dienstag und Freitag Vorm. 11–1 Uhr. Eintrittspreis für Nichtmitglieder 20 Pf.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.